

Russland hat den Bruch mit dem Westen vollzogen und ist zur Mitgestaltung einer neuen Weltordnung bereit

von Dmitri Trenin

Kurz bevor sich die Staats- und Regierungschefs der G7 vom 26. bis zum 28. Juni 2022 auf Schloss Elmau in Bayern trafen, hielten ihre Amtskollegen aus den fünf BRICS-Staaten unter chinesischem Vorsitz einen Online-Gipfel ab. Auf dem G-7-Treffen war Russland als Bedrohung diskutiert worden, war aber ein zentraler Teilnehmer des BRICS-Gipfels.

Die Zeiten, in denen Moskau die Kluft zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen überbrücken konnte, sind lange vorbei. Nach Beginn der Ukraine-Krise 2014 kehrte die G8 zu ihrem früheren G-7-Format zurück; im Zuge der russischen Militäraktion in der Ukraine im vergangenen Februar ist die russisch-westliche Konfrontation zu einem ausgewachsenen «hybriden Krieg» mit einer tatsächlichen Konfrontation – wenn auch bisher einer Stellvertreterkonfrontation – degeneriert.

Ausbau der Beziehungen zum Nicht-Westen – eine schwierige, aber notwendige Aufgabe

Nachdem Russland nach dem Ende des Kalten Krieges versucht hat, Teil des neuen Westens zu werden, und bei diesem Vorhaben gescheitert ist, konzentriert es sich nun auf den Ausbau seiner Beziehungen zu Asien, dem Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika.

Dies ist aus mehreren Gründen sowohl eine schwierige als auch eine notwendige Aufgabe. Erstens gibt es ein starkes Beharrungsvermögen aus der Vergangenheit. Mindestens seit den Tagen *Peters des Grossen* haben die russischen Eliten nach Westen geschaut, westliche Erscheinungsformen und Verhaltensweisen angenommen (während sie unter der Kleidung und den Manieren eindeutig russisch blieben), westliche Institutionen übernommen (wenn auch oft nur oberflächlich), westliche Denkmuster übernommen (und sie gleichzeitig kreativ weiterentwickelt, wie beim Marxismus), und versucht, eine europäische Grossmacht zu werden, dann, zu Zeiten der Sowjetunion, eine globale Supermacht, und in jüngster Zeit ein wichtiger Bestandteil eines grösseren Europas von Lissabon bis Wladiwostok.

Dies ist ein Weg, den man nur schwer verlassen kann. Doch jetzt steht Russland – zum ersten Mal überhaupt – einem geeinten Westen gegenüber, von Nordamerika, der Europäischen Union und Grossbritannien bis hin zu Japan und Australien. Hinzu kommt, dass es im Westen keine Verbündeten gibt, an die sich Moskau wenden könnte – selbst vermeintlich neutrale Staaten wie Finnland, Schweden, Österreich und die Schweiz haben alle ihre Neutralität aufgegeben. Russlands politischer Bruch mit dem Westen ist somit vollzogen, und eine neue Norm für die Beziehungen zwischen ihnen kann nur als Ergebnis des «hybriden Krieges» entstehen, dessen Austragung Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern wird.

Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen – ein Auslaufmodell

Zweitens sind Moskaus Wirtschaftsbeziehungen weitgehend mit dem Westen aufgebaut worden. Historisch gesehen war Russland eine Ressource für die westeuropäische Industrie, eine Kornkammer des Kontinents und ein wichtiger Importeur von Industrieprodukten und Technologie. Bis vor kurzem machte der Handel Russlands mit der Europäischen Union allein mehr als die Hälfte des

«Die offensichtliche Notwendigkeit für Russland, jetzt über den Westen hinauszublicken, bedeutet jedoch, dass es wahrscheinlich die historische Trägheit, das Erbe früherer geoökonomischer Prioritäten und kulturelle Affinitäten überwinden kann. Angesichts der Tatsache, dass der Westen Russland meidet und versucht, es zu isolieren und zuweilen zu «canceln», hat Moskau keine andere Wahl, als seine alten Gewohnheiten abzulegen und der weiteren Welt jenseits von Westeuropa und Nordamerika die Hand zu reichen.»

russischen Aussenhandels aus, und Deutschland war der führende Exporteur von Maschinen und Technologie nach Russland. Seit Anfang der 1970er Jahre bilden die Öl- und Gaspipelines von Russland nach Westeuropa das Rückgrat der Wirtschaftsbeziehungen und sorgten für allgemeine Stabilität auf dem Kontinent, selbst in den gefährlichen Jahrzehnten des Kalten Krieges und selbst in den turbulenten Zeiten des Zerfalls der Sowjetunion. Allerdings ist auch das ein Auslaufmodell.

Die harten Sanktionen, die von den USA, der EU und dem Vereinigten Königreich gegen Russland verhängt wurden, werden auch dann nicht aufgehoben werden, wenn die eigentlichen Kämpfe in der Ukraine aufhören, und die schmerzhaften Erfahrungen mit der Beschlagnahme von Devisen und Vermögenswerten werden jede künftige russische Annäherung an Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen stark prägen.

Traditionelle Grundlagen der russischen Kultur bleiben europäisch

Drittens haben sich die Russen in kultureller Hinsicht traditionell mit dem übrigen Europa identifiziert. Das Christentum, das Erbe des antiken Griechenlands und Roms, die Ideen der französischen Aufklärung und der deutschen Philosophie, die europäische Literatur und Kunst, Musik und Tanz – all dies trug dazu bei, auch Russlands eigene Kultur zu formen und zu gestalten, und gab ihr einen starken Anreiz zu eigenen Entwicklungen. Trotz des jüngsten politischen Bruchs und der geoökonomischen Verschiebungen bleiben die Grundlagen der russischen Kultur eindeutig europäisch.

Einige Elemente der heutigen westlichen Kulturszene, insbesondere der vorherrschende Kult der individuellen Selbstdarstellung, der ausufernde Liberalismus, der zunehmend repressiv wird, die Aushöhlung der Familienwerte und das Ausufernde der Geschlechtervielfalt kollidieren jedoch mit dem eher traditionellen kulturellen Kodex der Mehrheit der russischen Bevölkerung.

Die historische Trägheit überwinden

Die offensichtliche Notwendigkeit für Russland, jetzt über den Westen hinauszublicken, bedeutet jedoch, dass es wahrscheinlich die historische Trägheit, das Erbe früherer geoökonomischer Prioritäten und kulturelle Af-

«Einige Elemente der heutigen westlichen Kulturszene, insbesondere der vorherrschende Kult der individuellen Selbstdarstellung, der ausufernde Liberalismus, der zunehmend repressiv wird, die Aushöhlung der Familienwerte und das Ausufernde der Geschlechtervielfalt kollidieren jedoch mit dem eher traditionellen kulturellen Kodex der Mehrheit der russischen Bevölkerung.»



Dmitri Trenin
 (Bild Svetlana TB
 auf wikimedia.org)

Dmitri Trenin ist Mitglied des Rates für Aussen- und Verteidigungspolitik Russlands und war Direktor des Carnegie-Instituts in Moskau. Er ist Vorsitzender des Forschungsrats und des Programms für Aussen- und Sicherheitspolitik. Von 1972 bis 1993 diente er in den sowjetischen und russischen Streitkräften, wo er unter anderem als Verbindungsoffizier in der Abteilung für Aussenbeziehungen der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte (stationiert in Potsdam) und von 1985 bis 1991 als Mitarbeiter der Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Atomwaffengesprächen in Genf tätig war. Ausserdem unterrichtete er von 1986 bis 1993 an der Abteilung für Kriegsstudien des Militärinstituts. Von 1993 bis 1997 war Trenin als Senior Research Fellow am *Institute of Europe* in Moskau tätig. Im Jahr 1993 war er Senior Research Fellow am *Nato Defense College* in Rom.

gehen in der Ukraine zu verurteilen – viele von ihnen trotz starken Drucks der USA – ist für Moskau sehr ermutigend. In dem Sinne, dass diejenigen, die nicht gegen uns sind, als auf unserer Seite stehend angesehen werden könnten.

Von Indonesien bis Brasilien und von Argentinien bis Südafrika gibt es viele dynamische und ehrgeizige Länder, die Moskau ansprechen möchte.

... mit geeigneter Strategie

Um dies tun zu können, muss die russische Aussenpolitik eine geeignete Strategie entwickeln. Vor allem muss es den Beziehungen zu nicht-westlichen Ländern Vorrang vor den de facto fest eingefrorenen Beziehungen zum Westen geben. Botschafter in Indonesien zu sein sollte prestigeträchtiger als ein Botschafterposten in Rom sein, und ein Posten in Taschkent sollte als wichtiger angesehen werden als einer in Wien.

Es muss eine Prüfung potentieller wirtschaftlicher und anderer Möglichkeiten für Russland in den BRICS-Ländern geben sowie einen Plan, um sie weiterzuentwickeln. Abgesehen von der Wirtschaft sollten Studentenaustauschprogramme ausgeweitet und der russische Tourismus in Richtung Osten und Süden gefördert werden. Die russischen Medien täten gut daran, verstärkt über die Entwicklungen in den wichtigsten nicht-westlichen Ländern zu berichten und die russische Elite und die breite Öffentlichkeit über die wirtschaftlichen Realitäten, die Politik und die Kultur dieser Länder zu unterrichten.

Quelle: *Russian International Affairs Council (RIAC)*
 vom 6.7.2022

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors
 (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Am schlimmsten sind die Lügen»

von Karl-Jürgen Müller

Sie ist gebürtige Russin und lebt schon lange in Deutschland. Der Krieg in der Ukraine ist für sie eine Tragödie. Aber auch für die Zukunft Deutschlands und Europas erwartet sie nichts Gutes. Niemand könne sich wirklich vorbereiten auf das, was kommen wird. Sicher sei, dass der bisherige Wohlstand massive Einbrüche erleiden wird. Wegen der Anfeindungen gegen alles Russische macht sie sich grosse Sorgen. «Aber am schlimmsten sind die Lügen», sagt sie, und sie meint damit vor allem die Art und Weise, wie bei uns im Westen über den Krieg in der Ukraine berichtet und wie dieser Krieg bei uns im Westen beurteilt wird.

Die Sorgen, die diese Frau zum Ausdruck bringt, müssten uns alle zum Nachdenken bringen. Sie betreffen den Krieg in der Ukraine, unseren Umgang mit ihrem Heimatland Russland, aber auch die Zukunft des Landes, in dem sie heute lebt.

Wer die öffentliche Veranstaltung von Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck in Bayreuth vor rund zwei Wochen auf dem Fernsehbildschirm miterlebt hat, hat einen Vorgeschmack bekommen, was es heissen wird, wenn unsere Politiker den Bürgern immer mehr Einschnitte und Verzicht abverlangen, zugleich aber auch die Erkenntnis wächst, dass nicht Russland diesen Abstieg zu verantworten hat, sondern dass er weitgehend hausgemacht ist, Resultat einer Politik im Interesse weniger, aber nicht im deutschen und europäischen Interesse.

Das westliche Narrativ

Ja, was wird geschehen, wenn immer mehr Bürger erkennen, dass das monoton vorgetragene Narrativ, alle westlichen Staaten – auch die Schweiz¹ – stünden in einer Entscheidungsschlacht für Recht, Freiheit und Demokratie, gegen autokratische Herrschaft, Rechtsbruch und Gewalt, als Lüge offenbar wird und wie eine Blase platzt? Dass in der Ukraine (und anderswo in der Welt) kein «heiliger» Krieg für die Werte des Abendlandes geführt wird, sondern die bisherige, zutiefst ungerechte und vom Westen dominierte Weltordnung zur Debatte steht – auch wenn der Ausgang dieser Auseinandersetzung heute noch ungewiss ist und niemand sicher sagen kann, was in den kommenden Monaten und Jahren auf die Menschheit zukommt?

«Wer offen für die Stimmen der anderen Seite ist, beginnt auch, genauer zu prüfen, zu forschen und wirklich tragfähige Antworten zu entwickeln. Last but not least: die andere Seite zu verstehen. Ja, Russland verstehen ist kein Vergehen, sondern vielleicht der einzig gangbare Weg, um doch noch den Kurs zu ändern und den Krieg nicht weiter eskalieren zu lassen.»

Sehr wahrscheinlich werden die Bürger, die sich nur auf unsere westlichen Medien abstützen, noch geraume Zeit ihren eigenen Abstieg leidend hinnehmen und sich einzureden versuchen, dies alles diene einer guten Sache, eben der Sache des oben genannten Narrativs. Sehr wahrscheinlich anders wird es bei denjenigen aussehen, die sich breiter und vielfältiger informieren. Auch wenn die zunehmende Zensur in unseren Staaten versucht, genau dies zu verhindern. Eine Zensur, die darauf abzielt, Menschen so einzuschüchtern, dass sie ihr eigenes Denken zensieren und auch nicht mehr innerlich wagen, kritische Fragen zu stellen.

Zu den «anderen» Medien gehören auch die Medien Russlands. Dabei geht es nicht darum, all das, was man dort sieht, hört und liest, per se für wahr zu halten – zumal sich das Land im Krieg befindet. Aber mit wachem Verstand hinzuschauen und zuzuhören lohnt sich. Nicht, weil man danach Bescheid weiss, wie die Dinge zu sehen sind. Sondern weil sich ganz neue Fragen stellen, Fragen, die in unseren Medien überhaupt kein Thema sind, die aber ausserordentlich wichtig sind, um wirklich zu verstehen, was im 20. und bisherigen 21. Jahrhundert in unserer Welt geschehen ist und warum wir heute dort stehen, wo wir stehen.

Russland verstehen

Wer offen für die Stimmen der anderen Seite ist, beginnt auch, genauer zu prüfen, zu forschen und wirklich tragfähige Antworten

zu entwickeln. Last but not least: die andere Seite zu verstehen. Ja, Russland verstehen ist kein Vergehen, sondern vielleicht der einzig gangbare Weg, um doch noch den Kurs zu ändern und den Krieg nicht weiter eskalieren zu lassen.

Russland verstehen heisst auch, von der Momentaufnahme wegzukommen und geschichtlich zu denken und zu forschen. Was alles ist geschehen, dass wir heute – anders noch als in den Jahren um 1990 herum – vorerst nicht mehr auf ein friedliches Miteinander und eine Epoche einer solidarischen Welt hoffen können, sondern eine Welt in einem radikalen Umbruch mit vielen Verwerfungen und voller brandgefährlicher Konflikte konstatieren müssen? Was ist geschehen, dass Russland im Dezember 2021 von den USA und der Nato fast ultimativ die Beachtung seiner Sicherheitsinteressen einforderte? Und, als dies vergeblich war, militärisch in der Ukraine intervenierte. Überzeugende Antworten auf diese und andere wichtige Fragen findet man in unseren Medien nicht. Ob mehr Antworten in russischen Medien zu finden sind?

Ein Beispiel, das eine Reihe von Antworten anbietet, ist der vierteilige und bei uns im Westen weitgehend unbekannt Video-Beitrag der «Prawda» mit dem Titel «Der unbekannt Putin» (<https://www.youtube.com/watch?v=ZcaiUZK7Sho>, aufgerufen am 1. August 2022). In der Sowjetunion war die «Prawda» die bekannteste Zeitung der KPdSU, nach 1991 hatte sie eine wechsel-

«Auch jeder einzelne, jeder Bürger kann an sich den Anspruch stellen, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wahrheitsfindung beizutragen – und sei es auch nur für sich selbst und die Menschen, mit denen man es im Alltag zu tun hat.»

volle Geschichte, heute ist sie ein russisches Medium unter anderem im Eigentum einer international gestreuten Aktiengesellschaft.

Das Video hat eine Gesamtdauer von fast zweieinhalb Stunden. Es ist kurz nach 2010 entstanden, der russische Originalton wird von nur einem deutschsprachigen Sprecher übersetzt (was es nicht ganz leicht macht, die Fragen und Antworten in den zahlreichen Interviews sicher auseinanderzuhalten) und handelt von der Regierungszeit *Wladimir Putins* in den Jahren 2000 bis 2010, geht aber in seinen Analysen der russischen Probleme auch in die neunziger Jahre, in die Zeit der Präsidentschaft von *Boris Jelzin* zurück.

«Der unbekannt Putin»

Hier soll nicht der Inhalt des Videos wiedergegeben werden. Aber der Hinweis sei erlaubt, dass Vorgänge zur Sprache kommen, die bei uns im Westen fast gar nicht thematisiert werden, für die weitere Entwicklung nach 2010 aber von grosser Bedeutung sind: Der Informationskrieg des Westens, vor allem der USA, gegen Russland schon gleich wieder nach 1991, also schon in der Zeit der Präsidentschaft Jelzins, vor allem aber dann mit Beginn von Putins Präsidentschaft. US-amerikanische Beamte und Geheimdienstmitarbeiter, die in den neunziger Jahren in russischen Ministerien sass und die Arbeit der russischen Regierung mitbestimmten und mit an den russischen Gesetzestexten dieser Jahre arbeiteten. Die Versuche des Westens und westlicher Ölkonzerne, mittels eines Gesetzes über «Production Sharing Agreements»² die Energiereserven des Landes für Interessen ausserhalb des Landes auszubeuten und Russland für diese Ausbeutung auch noch zahlen zu lassen. Die Versuche russischer Oligarchen mit engen Bindungen in den Westen, Kernbereiche der ehemaligen sowjetischen Industrie in den Besitz zu bekommen – nur, um diese mittels vermeintlicher Reformer und Reformen zu ruinieren³, so dass Russland auf den Stand eines Zulieferers für Ressourcen – die der Westen braucht – reduziert werde. Die Versuche, das Land mittels nationalistischer Bewegungen und mittels Separatismus (zum Beispiel in Tschetschenien) von seinen Aussengrenzen her Schritt für Schritt in verschiedene Teile zu zerlegen

Fortsetzung auf Seite 3

Wenn die Medien zu Angst und Hass treiben

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.



Eberhard Hamer
(Bild zvg)

Seit dem 24. Februar 2022 betreiben unsere Medien Hasspropaganda gegen *Wladimir Putin* und Russland. Seitdem trommeln staatlicher Rundfunk, Fernsehen und Presse Hass gegen Putin und Russland, verlangen Strafmassnahmen, Sanktionen, Waffenlieferungen

und dass unsere Politiker sich wie die anderen Nato-Funktionäre in die Prozession für Fototerminen bei *Selenski* einreihen sollten. Dass dieser neue Propaganda-Held den Bundespräsidenten wegen seines «früheren Verständnisses für Russland» aus der Prozession ausgeladen hatte, wurde von den deutschen Medien nicht etwa als unverschämte kritisiert, sondern sogar mit Verständnis kommentiert.

Unsere Politiker, welche vorher billige Energieversorgung aus Russland für uns organisiert haben (*Schröder, Schwesig*), wurden nun von der atlantisch gesteuerten Propaganda als Putin- und Russlandfreunde, also als Kumpane hassenswerter Menschen und Völker, verfolgt. Dabei haben sie nur pflichtgemäss deutsche Interessen zu verfolgen versucht und nicht den neuen Trend mitgemacht, die billige russische Energie in Deutschland für teure amerikanische auszutauschen, also unsere bisherige Wohlstandsbasis billiger Energie aus befohlenem Hass und zum eigenen Schaden gegen Russland zu opfern.

Künstler wurden, nur weil sie Russen waren, entlassen (Musikdirektor in München)

oder durften nicht mehr auftreten (*Anna Netrebko*).

Der von den Medien erregte Hass gegen Putin und Russland geht inzwischen so weit, dass selbst unsere hervorragend integrierten Russlanddeutschen diffamiert, wieder ausgegrenzt und beschimpft werden.

Auf Befehl der USA wird nun von allen Nato-Staaten russisches Vermögen enteignet, sogar Privatvermögen russischer Bürger. Der korrupte *Selenski* tönt, dass er damit «die Ukraine wieder aufbauen» wolle.

Die Medien verbinden alle Russlandmeldungen mit Hasszusatz: Es wird nicht mehr von Krieg, sondern von «Putins verbrecherischem Angriffskrieg» und nicht mehr von Russland, sondern vom «kriegslüsternen Russland» oder nicht mehr von Armeen, sondern von der «verbrecherischen russischen Armee» einerseits und von der «heldenhaften ukrainischen Armee» andererseits gesprochen. Immer wird ein Negativum beigefügt, damit die Bevölkerung auf Hass eingestimmt wird. Der in Politik und Medien der Welt all-anwesende Komiker *Selenski* und sein unverschämter Botschafter in Deutschland dagegen wurden zu Stars hochgejubelt, ihre steigenden Forderungen nach Geld und Waffen als selbstverständlich, dagegen das vorsichtige Zögern des Bundeskanzlers als unverantwortlich dargestellt.

Dabei hätten wir keineswegs, wie *Selenski* behauptet, «aus der Historie eine besondere Schuld und deshalb Verpflichtung» zur Kriegsteilnahme auf Seiten der Ukraine, sondern umgekehrt im Sinne von Bundeskanzler *Olaf Scholz* besondere Vorsicht vor jeder Kriegsteilnahme zu üben. Die Vorsichtshal-

tung von *Scholz* ist die verantwortlichste Haltung unserer derzeitigen politischen Führung, nämlich Deutschland nicht wieder in einen Krieg hineinziehen zu lassen.

In einer Konferenz des *Mittelstandsinstituts Niedersachsen* zum Ukraine-Krieg standen sich zwei Meinungen fast unversöhnlich gegenüber:

– Die eine Seite verlangte weitere Strafmassnahmen gegen Russland, weil es den Krieg angefangen habe und völkerrechtswidrig in die Ukraine einmarschiert sei. Sie hoffte durch die Strafmassnahmen entweder auf das Einlenken Russlands und Putins oder jedenfalls wie *Annalena Baerbock* auf «eine dauerhafte Schädigung Russlands», also Eskalation zum Weltkrieg.

– Die andere Seite stellte die Frage, was uns Deutsche der Krieg in der Ukraine überhaupt angehe, und glaubte nicht, dass durch Strafmassnahmen, sondern nur durch Verhandlungen und Deeskalation der Krieg beendet werden könne. Die deutsche Beteiligung am Krieg sowie Wirtschafts-sanktionen seien kontraproduktiv, weil sie uns selbst am meisten schädigten (dauerhafte Energiepreisverteuerung, Stopp des Aussenhandels mit dem wichtigsten Rohstofflieferanten Europas). Sie sah die mehr als drei Milliarden Euro deutschen Zahlungen und die deutschen Waffenlieferungen für den Ukraine-Krieg als unseren Interessen widersprechende Konfrontation und zu riskante Kriegsteilnahme an.

Die Frage spitzte sich hinterher darauf zu, ob eine Regierung deutsches Geld überhaupt für fremde Kriege in fremdem Interesse zahlen

darf oder dies Veruntreuung am deutschen Bürger und Steuerzahler sei (denen dafür Opfer abverlangt und wichtigere Staatsaufgaben wie die Sanierung der maroden Infrastruktur vorenthalten würden).

Trotz anfangs heftiger Diskussion konnte zumindest darüber Einigkeit erzielt werden, – dass der von Medien mit moralischen Argumenten geschürte Hass niemals zu rechtfertigen sei, wie dessen Wirkungen bereits zeigen, – dass wir nicht zur Verfolgung fremder Interessen (USA, Nato) unsere eigenen vernachlässigen und sogar schädigen dürften – und dass Mässigung im Sinne von *Scholz* auch aus langfristigen Interesse richtig sei, denn irgendwann sei der Krieg zu Ende und hätte man mit dem grössten Rohstoffbesitzer Europas wieder über Lieferungen zu verhandeln.

Warum verbreiten unsere Medien Hass, statt zum Frieden und zu Verhandlungen beizutragen? Warum unterstützen sie Hasspolitiker statt Mässigungspolitiker? Welche Macht lenkt diese Medienfunktionäre zu ihrer Hasskampagne? Warum lassen wir uns dies aber auch gefallen? Warum kommen Friedensstimmen und Ausgleichsbemühungen nicht zu Wort?

Es liegt nicht in deutschem Interesse, wenn der Krieg länger dauert, noch weniger, wenn er nach den Vorstellungen der USA «lange dauern wird». Ökonomisch ist Deutschland bisher schon grösster westlicher Verlierer im Ukraine-Krieg. Die Aufrüster haben Wirtschaftssanktionen durchgesetzt, welche uns jetzt und auf Dauer mehr schädigen als Russland.

Chemiewaffen im syrischen Duma

Das gefährliche Spiel mit der Wahrheit

von Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck



Hans-Christof von Sponeck (Bild km)

Hans-Christof von Sponeck war 32 Jahre bei der Uno tätig. In dieser Zeit arbeitete er unter anderem in New York, Ghana, Pakistan, Botswana, Indien und war Direktor des Europa-Büros des Entwicklungsprogramms der UNDP in Genf. Von 1998 bis 2000 war er als UN-Koordinator und beizugeordneter UN-Generalsekretär verantwortlich für das humanitäre Programm «Öl für Lebensmittel» im Irak. Im Februar 2000 trat er aus Protest gegen die Sanktionspolitik gegen den Irak zurück. Hans-Christof von Sponeck wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem *Coventry Peace Prize* der Church of England, mit dem *Peacemaker Award* der *Washington Physicians for Social Responsibility* und dem *Bremer Friedenspreis*. Zurzeit arbeitet er gemeinsam mit *Richard Falk* an einem Buch zur Uno-Reform, das 2022 erscheinen wird.

Am 5. Februar 2003 präsentierte der damalige amerikanische Aussenminister *Colin Powell* dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen CIA-Bilder aus dem Irak, die bezeugen sollten, dass die irakische Regierung weiterhin im Besitz von Massenvernichtungswaffen gewesen sei. Aussagen von UNMOVIC, der Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen, dass

es hierfür bisher keine Beweise gab, wurden ignoriert. Sechs Wochen später begann die «Operation Iraqi Freedom», der von den USA und Grossbritannien geführte, völkerrechtswidrige Krieg.

Ähnliches gibt es über Syrien zu berichten, mit dem Unterschied, dass hier nicht eine Regierung angebliche Beweise erbringt, sondern die OVCW, die *Organisation für das Verbot chemischer Waffen*, eine internationale Einrichtung mit Sitz in Den Haag.

Am 7. April 2018 war Duma, eine Stadt von 100 000 Menschen, unweit von Damaskus gelegen, angeblich mit chemischen Waffen angegriffen worden. Die OVCW entsandte daraufhin ein Team von Wissenschaftlern, die in ihrem Untersuchungsbericht zu dem Schluss kamen, dass 43 Menschen, die Berichten zufolge bei diesem Angriff getötet wurden, wohl nicht durch chemische Waffen ihren Tod gefunden hatten. Experten des OVCW-Duma-Teams entdeckten, dass das OVCW-Management anstelle dieses Berichts einen gefälschten Bericht herausgeben wollte, der besagte, dass chemische Waffen im Einsatz gewesen seien. Diese Täuschung wurde von OVCW-Wissenschaftlern verhindert. Schliesslich enthielt der Endbericht aber trotzdem manipulierte Darstellungen des Angriffs und unwissenschaftliche Schlussfolgerungen bezüglich der vorgefundenen chemischen Substanzen, der nachgewiesenen Toxikologie und der Ballistik.

Weiterhin berief sich die OVCW auf die Aussagen von nur einer der zwei Gruppen von Zeugen, die identifiziert worden waren. Dabei handelte es sich um eine Gruppe syrischer Flüchtlinge, die mit Hilfe der *White Helmets*¹ in der Türkei befragt worden waren. Bei der zweiten Gruppe von Zeugen handelte es sich hauptsächlich um medizinisches Personal in Damaskus, die angaben, dass sie in dem Krankenhaus zu der Zeit arbeiteten, als Opfer des angeblichen Chemiewaffen-An-

griffs medizinische Hilfe suchten. Die Aussagen dieser Zeugengruppe deuteten darauf hin, dass die Inhalation von Staub und Rauch, nicht aber eine chemische Vergiftung die Ursache des Unwohlseins der Patienten gewesen war. Auf diese wichtigen Aussagen wurde in dem OVCW-Bericht nicht hingewiesen. Der Bericht über die von den *White Helmets* befragten Zeugen wird in dem OVCW-Bericht hingegen hervorgehoben dargestellt. Diese wiedergegebenen Zeugenaussagen wurden ohne Prüfungsmöglichkeiten akzeptiert, obwohl die Aussagen oft widersprüchlich waren, besonders auch im Hinblick auf die Frage der chemischen Vergiftung.

Unregelmässigkeiten und Blockaden

Wegen dieser verschiedenen ernststen Unregelmässigkeiten wandten sich mehrere OVCW-Experten schriftlich an den OVCW-Generaldirektor (DG) *Fernando Arias* mit dem Ersuchen, dass die offizielle Duma-Darstellung mit dem ursprünglichen OVCW-Duma-Team dringend diskutiert werden müsse. Die Öffentlichkeit wurde auf diesen gravierenden Widerspruch aufmerksam, als interne OVCW-Dokumente² bekannt wurden, und durch Aussagen von OVCW-Wissenschaftlern, die zu dem OVCW-Untersuchungsteam gehörten.³

Die Stimmen, die eine transparente Aufdeckung verlangten, mehrten sich. Gefordert wurde, dass alle an der Duma-Untersuchung beteiligten OVCW-Wissenschaftler vom OVCW-Generaldirektor eingeladen werden sollten, um in einer gemeinsamen Prüfung jeden Verdacht auf Berichtsfälschungen auszuräumen. Das geschah nicht, im Gegenteil. Ob im Uno-Sicherheitsrat, im EU-Parlament oder in Gesprächen mit Politikern, wo immer er konnte, unterstrich DG Arias, dass er die Schlussfolgerungen des (manipulierten) Duma-Berichts voll unterstütze.⁴

Westliche Regierungen, besonders die von den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und

Frankreich, die am 18. April 2018 die Luftangriffe gegen Syrien durchgeführt hatten, beteuerten im Uno-Sicherheitsrat und in öffentlichen Stellungnahmen, dass sie von der professionellen Glaubwürdigkeit der OVCW und ihres Generaldirektors voll überzeugt seien. Diese Angriffe hatten sie als Bestrafung für den angeblichen Einsatz Syriens von chemischen Waffen in Duma deklariert. Un erwähnt blieb allerdings die Tatsache, dass die Luftangriffe vor(!) der OVCW-Untersuchung stattgefunden hatten.

Jeder Versuch von Wissenschaftlern und Kennern des Mittleren Ostens, die Erkenntnisse über mögliche (Ver-)Fälschungen der OVCW-Berichte innerhalb der OVCW zu diskutieren, wurde vom OVCW-Management und von westlichen Regierungen boykottiert. Auch im Rahmen der regelmässigen Syrien-Aussprachen im UN-Sicherheitsrat war eine Diskussion darüber nicht möglich. Überraschend war das nicht, schliesslich sollte verhindert werden, dass die Berechtigung der Luftangriffe auf Duma öffentlich in Frage gestellt werden könnte. Die Tatsache, dass solche Luftangriffe völkerrechtswidrig waren, spielte ohnehin kaum eine Rolle.

Selbst die Teilnahme des ehemaligen DG der OVCW, Botschafter *José Bustani*, an einer Sitzung des Uno-Sicherheitsrates wurde auf Druck westlicher Sicherheitsratsmitglieder verhindert, obwohl er zu einer Stellungnahme eingeladen worden war. Die Weigerung wurde damit begründet, «Bustani hätte die Organisation zehn Jahre vor Duma verlassen und könnte daher keinen Diskussionsbeitrag leisten».⁴ In seiner Stellungnahme, die schliesslich vom Botschafter der Russischen Föderation *Vassily Nebenzia* vorgetragen wurde, sprach Bustani u. a. über die Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Professionalität der OVCW und über den Druck, der von «einigen» Mitgliedsstaaten auf die Organisa-

Fortsetzung auf Seite 4

«Am schlimmsten sind die Lügen»

Fortsetzung von Seite 2

und seine Abwehrfähigkeit zu zerstören. Der skandalisierende Missbrauch von Todesfällen und von Mordanschlägen, um Russland und die russische Regierung ohne irgendwelche soliden Beweise international an den Pranger zu stellen und so auch die Aufmerksamkeit von zentralen politischen Fragen abzulenken. Der Aufbau einer «Opposition» in Russland, die keine für das Land konstruktiven Vorschläge macht, aber viel unternimmt, um die Jugend des Landes mit «Events» auf ihre Seite zu ziehen und das Land mit Angriffen auf dessen Werteordnung zu schwächen. Alles in allem der Versuch, in Russland über die Jahre hinweg Zersetzungsbetrieb zu betreiben.

Thema sind aber auch die in vielen Bereichen weithin unbekanntem Bemühungen der russischen Regierung und insbesondere des Präsidenten des Landes, gegenzusteuern – deshalb der Titel des Videos.

All dies und noch vieles mehr kommt im Video zur Sprache, kam schon vor zehn Jahren zur Sprache. Und seitdem – das würden wohl die meisten in Russland sagen – haben diese Versuche der Zersetzung nicht nachgelassen.

Auf der Suche nach Wahrheit

Ist das alles nur russische Propaganda? Die im Video zur Sprache kommenden Dinge sind zu schwerwiegend, um mit solchen Abwehrreflexen darüber hinwegzugehen! Insbesondere in einer Zeit eines monströsen Feindbildes Russland gibt es die Pflicht, der russischen Sicht ernsthaft nachzugehen – will man denn die Wahrheit ermitteln. Die aber wird auf den Tisch kommen müssen, um die derzeitige Situation zu überwinden und mit einem ehrlichen Neuanfang in den internationalen Beziehungen zu beginnen. Auch wenn wir derzeit noch weit entfernt davon sind.

Zeit-Fragen hat in ihrer Ausgabe vom 12. Juli 2022 die südafrikanische Aussenministerin *Naledi Pandor* an prominenter Stelle zu Wort kommen lassen. Hier gab es

innerhalb eines Landes über Jahrhunderte unversöhnliche Positionen, grosses Unrecht – vor allem der weissen Eliten des Landes – und Verbrechen aller Art von allen Seiten. «Wahrheitskommissionen», vom damaligen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger *Nelson Mandela* 1996 – Jahre nach dem Ende der Apartheid – eingesetzt, hatten nicht die Aufgabe, Menschen anzuklagen und vor Gericht zu bringen, sondern über eine öffentlich zugängliche Debatte, die der Wahrheitsfindung dienen sollte und Opfern von Unrecht und Gewalt Entschädigungen zukommen lassen wollte, mit zur Versöhnung beizutragen.

Auch wenn es viel berechtigte Kritik an der praktischen Umsetzung der Idee der Wahrheitsfindung gegeben hat – 1998 wurde deren Arbeit in Südafrika beendet –, die Idee, dass Annäherung und Versöhnung voraussetzen, die Wahrheit zu suchen und diese auch publik zu machen, stellt sich auch heute wieder: dieses Mal nicht innerstaatlich, sondern mit Blick auf die gegenwärtige Weltordnung und mit Blick auf die Suche nach einer neuen, wirklichen Weltordnung. Ja, noch sind wir weit davon entfernt und niemand kann derzeit sagen, wie das derzeitige Ringen weitergeht und enden wird. Aber auch jeder einzelne, jeder Bürger kann an sich den Anspruch stellen, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wahrheitsfindung beizutragen – und sei es auch nur für sich selbst und die Menschen, mit denen man es im Alltag zu tun hat. •

¹ Zahlreiche Schweizer Medienkommentare zum 1. August benutzten dieses Narrativ, um für einen Bruch mit mehr als 200 Jahren Schweizer Geschichte und nun auf diese Art und Weise für eine Annäherung an Nato und EU und damit ein Ende der Neutralität zu plädieren.

² vgl. zur Einführung https://de.wikipedia.org/wiki/Production_Sharing_Agreement

³ Das Video verweist in diesem Zusammenhang auf das auch im Westen bekannte Buch von *John Perkins*, *Bekenntnisse eines Economic Hitmann* aus dem Jahr 2004, das auch in russischer Sprache vorliegt.

Serbien muss standhalten

von Živadin Jovanović, Präsident des Belgrade Forum for the World of Equals



Živadin Jovanović (Bild ev)
Aussenminister Jugoslawiens (1998–2000), Stellung zu den Vorgängen.

z. Im überwiegend serbisch bevölkerten Norden des Kosovo kam es am 31. Juli zu deutlichen Spannungen an der Grenze Serbien-Kosovo; ethnische Serben errichteten Blockaden, Schüsse waren zu hören. Nachfolgend nimmt Živadin Jovanović, ehemaliger

Offiziell geht es darum, dass Priština die Abschaffung der serbischen Personalausweise und Autokennzeichen durchsetzen will, die in der Vergangenheit von den serbischen Behörden an seine Bürger in der Provinz ausgegeben wurden. Priština hat schwer bewaffnete Kräfte an die Grenzübergänge geschickt, um diese Massnahmen mit Gewalt durchzusetzen. Die Serben in Kosovo und Metohija reagierten mit der Blockade von Hauptverkehrsstrassen und administrativen Grenzübergängen durch den Einsatz schwerer Lastwagen und Maschinen sowie mit massiven Protesten vor allem im Norden der Provinz, wo die Mehrheit der 130 000 in der Provinz verbliebenen Serben lebt. Unmittelbar vor der ethnischen Säuberung 1999–2003 lebten etwa 300 000 Serben in der Provinz.

Serbische Spitzenbeamte reagierten darauf, dass die durch die illegitimen und illegalen Massnahmen Prištinas ausgelöste Situation die schlimmste seit Jahrzehnten sei, dass das Ziel darin bestehe, die ethnische Säuberung von allen Serben abzuschliessen, und dass Serbien seine Staatsangehörigen davor schützen werde, Opfer eines weiteren Pogroms wie des «Sturms» in Kroatien 1995 zu werden. Serbien forderte die Westmächte auf, ihren Einfluss auf Priština geltend zu machen, um das Schlimmste zu verhindern.

Der US-Botschafter in Priština erklärte, die US-Regierung habe vorgeschlagen, die Umsetzung der Massnahmen in Priština um 30 Tage zu verschieben, was aber nicht bedeute, dass die Massnahmen abgeschafft werden sollten.

Meines Erachtens unterstützen die USA die Massnahmen Prištinas einfach deshalb, weil sie die Herren der Nato-Aggression von 1999, der 2008 ausgerufenen illegalen Sezession und der anschliessenden Anerkennung durch die EU- und Nato-Mitgliedsstaaten sowie durch einige Klientelregierungen sind. Was jetzt geschieht, ist nur Teil des konzertierten Drucks von USA/Nato/EU auf Serbien, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, die strategische Partnerschaft mit Russland und China zu beenden, die illegale, kriminelle Sezession der Provinz Kosovo und Metohija anzuerkennen und die Mitgliedschaft in der Nato zu akzeptieren. All dies ist Teil der US/Nato-Expansion nach Osten und der Eskalation gegen Russland und China. Die Weigerung Serbiens, sich den antirussischen Sanktionen und den diplomatischen Erfolgen, insbesondere in den arabischen und afrikanischen Regionen, anzuschliessen, sowie die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit mit China könnten dazu beigetragen haben, dass die USA/Nato/EU den Druck auf Serbien verstärkt und es erpresst haben.

Serbien muss weiterhin seine Souveränität, territoriale Integrität, militärische Neutralität und unabhängige Aussenpolitik verteidigen. Der Status der Provinz Kosovo und Metohija kann nur im Rahmen des Völkerrechts und der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates geklärt werden. Serbien wird nicht kapitulieren oder sich der Geopolitik derjenigen unterwerfen, die versuchen, die Verluste in der Ukraine zu kompensieren oder ihre Verhandlungsposition vor den unvermeidlichen globalen Verhandlungen über die neue europäische und globale Ordnung nach der Ukraine-Krieg zu stärken. •

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Chemiewaffen im syrischen Duma»

Fortsetzung von Seite 3

tion ausgeübt wurde. Er fügte hinzu: «If the OPCW is confident in the robustness of its scientific work on Douma and the integrity of its investigation, then it has little to fear in hearing out its inspectors. However, OPCW continues to hide behind an impenetrable wall of silence ... making dialogue impossible.»⁵ [«Wenn die OPCW von der Robustheit ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu Duma und der Integrität ihrer Arbeit überzeugt ist, sollte sie von einer Anhörung ihrer Inspektoren nichts zu befürchten haben. Statt dessen versteckt sie sich hinter einer undurchdringlichen Mauer des Schweigens ... und verunmöglicht Dialog.»]

Die BerlinGroup21 wird aktiv

Auf Grund der beschriebenen Ereignisse um Duma bildete sich Ende 2020 die *BerlinGroup21* (BG21). Dabei handelt es sich um eine kleine Gruppe von Personen, die das Ziel verfolgt, die Öffentlichkeit über die Kontroverse um den angeblichen Einsatz von Chemiewaffen in Duma⁶ weiter zu informieren. BG21 veröffentlichte im März 2021 eine «Erklärung der Besorgnis» (Statement of Concern), die von 28 international respektierten Personen unterschrieben und veröffentlicht wurde.

Zu den Unterzeichnern gehören u. a. vier leitende OVCW-Mitarbeiter sowie der ehemalige OVCW-Generaldirektor Botschafter Bustani, Lord West, Erster See Lord und Stabschef der britischen Marine a. D., und andere Personen mit langjährigen juristischen, militärischen, nachrichtendienstlichen und diplomatischen Erfahrungen.⁷

Diese Erklärung weist hin auf die ernsthaften wissenschaftlichen Unregelmässigkeiten und inhaltlichen Auslassungen in den herausgegebenen OVCW-Duma-Berichten, fordert Transparenz, die Anhörung von OVCW-Inspektoren und die Rechenschaftspflicht aller Beteiligten. Gewarnt wird vor einer Diskreditierung der Organisation, sollte keine Anhörung stattfinden. Hingewiesen wurde auch darauf, dass die OVCW-Handhabung der Duma-Untersuchung die Verlässlichkeit anderer OVCW-Berichte über Syrien in Frage stellen könnte. Zum Beispiel die Untersuchung über den Angriff von 2017 in Khan Shaykhun.

Die Erklärung wurde von der BG21 an alle 193 Uno- und OVCW-Mitgliedsstaaten, die Präsidenten der Uno-Generalversammlung, des Uno-Sicherheitsrates sowie des Menschenrechtsrates geschickt. Generalsekretär António Guterres, die Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet und der Vorsitzende der Uno-Kommission für Syrien, Paolo Sergio Pinheiro, wurden ebenfalls unterrichtet, und alle wurden um eine Stellungnahme gebeten. OVCW-DG Arias wurde brieflich in Kenntnis gesetzt.

Uno und OVCW schweigen

Die Reaktion der kontaktierten multilateralen Einrichtungen kann nur als erschlatternd bezeichnet werden. Alle «politischen» Teile der Uno, d. h. die Generalversammlung und der Sicherheitsrat in New York sowie der Menschenrechtsrat in Genf, reagierten überhaupt nicht. Beamte, als Vertreter der «operationalen» Uno, d. h. der Generalsekretär, die Hochkommissarin für Menschenrechte und die Unter-Generalsekretärin für Abrüstungsfragen, reagierten ebenfalls nicht. Nur der Leiter der Uno-Syrien-Untersuchungskommission bestätigte den Empfang mit einem kurzen Hinweis, dass Duma nicht zu den von der Kommission untersuchten Orten gehörte. Der Generaldirektor der OVCW bezeugte den Empfang der Erklärung damit, dass er das Schreiben ungeöffnet (!) an die BG21 zurücksandte.

Stellung zu nehmen in einer Auseinandersetzung darüber, ob der OVCW-Auftrag zur Untersuchung eines möglichen Einsatzes von Chemiewaffen in Duma möglicherweise verletzt wurde, ist fraglos eine schwere Aufgabe für den Verwaltungsrat der Organisation. Aber auch für die Vereinten Nationen, besonders für Führungspersonen der Uno, wie Guterres, Bachelet, Pinheiro und Nakamitsu, ist es eine Herausforderung, zumal es zu deren Grundverantwortung gehört, sich für Frieden und Sicherheit einzusetzen. Dazu gehört auch das Thema Massenvernichtungswaffen und damit auch das Geschehen in Duma.

Die Öffentlichkeit erwartet von solchen Führungspersonen die Bereitschaft, Unrecht aufzudecken und dazu beizutragen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entpolitisiert werden. Einrichtungen der Vereinten Nationen, die mit Abrüstung, Mediation und dem Schutz der Bevölkerung zu tun haben, verlieren ihre Daseinsberechtigung, wenn sie diese Grundverpflichtungen nicht ernst nehmen.

Die Bedeutung verfälschter OVCW-Duma-Berichte, die westliche militärische Angriffe in Syrien legitimieren sollen, wiegt noch schwerer, wenn die Informationen zu Duma in einem grösseren historischen Kontext beurteilt werden. Im Rahmen dieses Beitrags möge das Beispiel des Nachbarlandes Irak genügen, um deutlich zu machen, welche Gefahren für Menschen, Organisationen und auch für das internationale Recht entstehen, wenn das «Grosse Spiel» systematisch mit falschen Karten gespielt wird.

Erinnerungen an den Irak

In den späten 1990er Jahren wurde im Uno-Sicherheitsrat intensiv diskutiert, ob die Regierung von Saddam Hussein ihre Abrüstungsbedingungen erfüllt hatte oder nicht. Die einen meinten, der Irak sei abgerüstet, andere, zu denen Scott Ritter gehörte – zu der Zeit einer der führenden Uno-Abrüstungsexperten – sagten, dass der Irak, wenn nicht quantitativ, so doch qualitativ abgerüstet war und damit keine Gefahr mehr darstellen konnte.

«Die Öffentlichkeit erwartet von [...] Führungspersonen [der Uno] die Bereitschaft, Unrecht aufzudecken und dazu beizutragen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entpolitisiert werden. Einrichtungen der Vereinten Nationen, die mit Abrüstung, Mediation und dem Schutz der Bevölkerung zu tun haben, verlieren ihre Daseinsberechtigung, wenn sie diese Grundverpflichtungen nicht ernst nehmen.»

Nachdem das gesamte Uno-Abrüstungsteam am 16. Dezember 1998 aus Bagdad evakuiert worden war und das Büro von UNSCOM mit seinen chemischen und biologischen Labors geschlossen wurde, begann die «Operation Desert Fox», die vier Nächte dauernde völkerrechtswidrige Bombardierung von Bagdad durch die amerikanische Luftwaffe. Washington hatte zuvor den damaligen Uno-Generalsekretär Kofi Annan kurzfristig über diesen militärischen Einsatz informiert. Gleichzeitig hatte dieser die politisch richtige Entscheidung getroffen, UN-Mitarbeiter nach Jordanien zu evakuieren, aber gleichzeitig ein Team von 28 internationalen Uno-Mitarbeitern des humanitären Öl-für-Nahrungsmittel-Programms im Irak zu belassen.

Dieser Hinweis ist relevant, weil in den folgenden Monaten die Sorge der Uno-Mitarbeiter in Bagdad zunahm, ob möglicherweise von den Substanzen, die in den geschlossenen Uno-Abrüstungslabors gelagert waren, Gefahren ausgehen könnten. Das traf vor allem auf die irakischen Uno-Mitarbeiter zu, die mehr wussten als ihre ausländischen Kollegen, da sie zweifelsohne mit dem irakischen Geheimdienst, dem Muhaberat, in Kontakt standen.⁸

Nach langwierigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Abteilungen der Vereinten Nationen in New York entschied Kofi Annan im Juni 1999, der OVCW den Auftrag zu geben, eine Untersuchungsmission nach Bagdad zu schicken. Sie hatte den Auftrag, die toxischen Substanzen der chemischen und biologischen Abrüstungslabors zu zerstören. Die Untersuchungsmission sollte alle Räume der Uno-Abrüstungsbehörde in Bagdad untersuchen, mit Ausnahme der Zimmer 252 und 253A, «da in diesen Räumen Dinge gelagert waren, die einer ausländischen Regierung gehörten»!

Es war kein Geheimnis, dass damit die amerikanische Regierung gemeint war. Diese Einschränkung bedeutete, dass Uno-Mitarbeiter amerikanischer Nationalität über einen privilegierten Sonderstatus im Uno-Gebäude in Bagdad verfügten. Und das, obwohl genau im Uno-Gebäude die Abrüstungsuntersuchungen unparteilich und mit äusserster wissenschaftlicher Sorgfalt durchgeführt werden sollten. Was für ein Missbrauch einer internationalen Einrichtung!

Man muss sich auch fragen, warum die Vereinten Nationen der OVCW mit dem einzigen Auftrag, Substanzen zu zerstören,

einen so engen Bezugsrahmen für ihre Irak-Mission gegeben haben? War dieser Rahmen gedankenlos oder bewusst gewählt worden? Warum war die Uno nicht daran interessiert, den Ursprung der in den Laboratorien gelagerten Substanzen zu ergründen?

Dr. Amer al-Sa'adi, ein erfahrener irakischer Wissenschaftler, der nicht der Baath-Partei der Regierung angehörte, wollte von der OVCW-Mission genau dies wissen. Als Vertreter des irakischen Verteidigungsministeriums traf al-Sa'adi die vier OVCW-Wissenschaftler, drei Chemieexperten und einen Biologie-Experten, im Uno-Gebäude in Bagdad. Als er hörte, dass die Experten nur gekommen waren, um vorgefundene Substanzen zu zerstören, sagte er: «Damit nehmen Sie dem Irak die letzte Möglichkeit zu beweisen, dass das VX nicht aus irakischem Besitz, sondern von aussen eingeführt worden ist!»⁹ Bis heute ist diese Frage nicht geklärt.

Diese wichtige Begebenheit passt wie ein Backstein in das Irak-Gebäude, das die US-Regierung der damaligen Zeit versuchte mit wiederholten Falschinformationen und Destabilisierung aufzubauen.

Primäres Ziel dabei war ein Regimewechsel (Regime change), um das Land von seinem Diktator zu befreien.¹⁰ Weltweit bekannt sind die vorgetäuschten «Beweise», die Außenminister Colin Powell am 5. Februar 2003 dem Uno-Sicherheitsrat vorlegte. Er beharrte

darauf, dass der Irak weiterhin im Besitz von Massenvernichtungswaffen sei, die es aber gar nicht gab. Weniger bekannt ist ein amerikanischer Luftangriff vom April 1999 nördlich von Mosul, bei dem laut einer Presseerklärung irakische «Radar- und Artillerieanlagen» angeblich zerstört worden waren. Tatsächlich verloren bei diesem Angriff sechs Schäfer und ihre Herde von 101 Schafen ihre Leben.¹¹

BG21 fordert Aufklärung statt Einschüchterung

Was hat all dies mit OVCW und Duma zu tun? Zunächst einmal hat es nichts mit einer Verteidigung der gegenwärtigen syrischen Regierung von Bashar al-Assad zu tun oder der damaligen irakischen Regierung von Saddam Hussein. Bei den Bemühungen der *BerlinGroup21* geht es ausschliesslich darum, die Wahrheit, die wissenschaftliche Arbeit, das internationale Recht und die Integrität der OVCW und der Vereinten Nationen zu schützen. Nur aus diesen Gründen hat die BG21 Zeit und Energie aufgewandt, um auf die Strategie westlicher, besonders amerikanischer Politik hinsichtlich der Diktaturen in Syrien und vormalig im Irak hinzuweisen. Dazu gehörten im Irak und gehören in Syrien neben der Manipulation von Fakten andere «Zutaten» wie die folgenden:

- Einzelne Experten und Gruppen werden daran gehindert, in internationalen und nationalen Gremien zu sprechen und Falschinformationen zu berichtigen;
- Einrichtungen wie der OVCW und der Uno wird mit Beitragskürzungen gedroht;¹²
- Computer werden gehackt, um den Austausch von kritischen Informationen zu behindern;
- Sabotagen und Operationen unter falscher Flagge werden durchgeführt;
- nationale Minderheiten und oppositionelle Gruppen werden verdeckt finanziell unterstützt;
- Beamte der OVCW und der Uno werden bedroht.¹³

BG21 ist sich voll bewusst, dass diese Aussage von mancher Seite mit harten Worten und Häme zurückgewiesen wird. Allen, die sich dafür einsetzen, die Wahrheit über das Geschehen in Duma ans Licht zu bringen, wird Inkompetenz, Naivität und Bestechlichkeit vorgeworfen und dass sie Handlanger seien. Das wird allerdings die international respektierten Persönlichkeiten, die die «Erklärung der Besorgnis» unterzeichnet haben,

nicht davon abhalten, auf ihren berechtigten Forderungen zu bestehen.¹⁴

Abgeordnete eines Parlaments in Europa haben einen Bericht über Duma angefordert. Dieser ist von der BG21 im Entwurf fertiggestellt worden und wird in Kürze diesem Parlament vorgelegt werden. Dieser umfassende und analytische Bericht, der auf authentischen Dokumenten beruht, die im Besitz der Öffentlichkeit sind, stellt detailliert dar, wie Beweise unterdrückt wurden, wissenschaftlicher Betrug und Regelwidrigkeit stattfanden.

Es ist zu hoffen, dass das OVCW-Management den Bericht der *BerlinGroup21* ernsthaft in Betracht zieht, indem es einer transparenten und inklusiven Beteiligung aller Inspektoren, die an der Duma-Untersuchung teilgenommen haben, zustimmt, um den veröffentlichten OVCW-Bericht neu beurteilen zu können.●

¹ Die sogenannten *White Helmets* operierten hauptsächlich in Gebieten der syrischen Opposition. Wie aus Wikileaks-Beiträgen zu ersehen ist, haben die *White Helmets* eine äusserst fragwürdige Reputation.

² Brian Whitaker, ehemaliger Middle East Editor. «OPCW and the leaked Douma Documents: What we know so far.» In: *The Guardian* vom 21.5.2019

³ z. B. in seinem Gespräch mit Uno-Generalsekretär Guterres am 6.11.2019 in New York

⁴ *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* (GPII)

⁵ UN/S/Pv.8764 (5.10.2020)

⁶ Gründungsmitglieder der BG21 sind Botschafter José Bustani, ehem. Generaldirektor der OVCW; Dr. h.c. Hans-C. von Sponeck, Beigeordneter Uno-Generalsekretär a. D. und Professor Richard Falk, Professor Emeritus für internationales Recht, Princeton University

⁷ siehe: www.BerlinGroup.org

⁸ Irakische Uno-Mitarbeiter mussten in regelmässigen Abständen dem irakischen Geheimdienst über ihre Arbeit in der Uno berichten.

⁹ Der Autor hatte an dieser Besprechung teilgenommen. Siehe auch: von Sponeck, Hans-Christof. *A Different Kind of War – The UN Sanctions Regime in Iraq*, Seite 230

¹⁰ Der «Iraq Liberation Act» von 1998 besagt: «It should be the policy of the United States to support efforts to remove the regime headed by Saddam Hussein from power in Iraq.» Das Gesetz wurde am 31.10.1998 von US Präsident Bill Clinton unterschrieben.

¹¹ siehe: *Presseerklärung* des US European Command (USEUCOM) vom 30.4.1999

¹² Die amerikanische Regierung bezahlt 20 % des OVCW-Jahresbudgets.

¹³ US-Botschafter John Bolton erklärte anlässlich eines Besuchs der OVCW in Den Haag gegenüber DG Bustani: «We know where your children live!»

¹⁴ Am 12.5.2021 erklärte die deutsche Botschafterin bei der OVCW, Gudrun Lingner, in einem internationalen Webinar mit Hinweis auf die «Erklärung der Besorgnis» und der Aussagen der 28 Persönlichkeiten, zu denen auch vier deutsche Personen gehören, u. a. der Mitgründer der deutschen Sektion von IPPNW, Professor U. Gottstein: «They are throwing mud again and again, even when clear answers have been given, [...] throwing mud hoping that something might stick [...]»

Erstveröffentlichung: *IMI-Analyse* 2022/31 (Juni 2022); Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

«Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche»

Klaus von Dohnanyis Plädoyer für einen politischen Kurswechsel

von Winfried Pogorzelski



In seinem vor dem Ukraine-Krieg erschienenen Buch plädiert der ehemalige SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi (geb. 1928), früher u.a. tätig im Wirtschafts- und Aussenministerium der Regierungen Willy Brandt und Helmut Schmidt, für eine Orientierung der Politik an grundlegenden nationalen und europäischen Interessen. Die europäischen Staaten seien zu unterschiedlich von ihrer Geschichte und Kultur her, als dass sie zu einer homogenen Europäischen Union zusammenwachsen könnten, die ohnehin Gefahr laufe, von den USA für deren welt- und machtpolitischen Pläne instrumentalisiert zu werden. Europas wichtigste reale Chance liege darin, zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsmacht aufzusteigen. Zur gegenwärtigen deutschen Ukraine-Politik nahm er in Interviews kritisch Stellung.

Seit dem 24. Februar haben sich die Ereignisse überschlagen. Das Buch wirkt schon wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten, zeigt aber um so mehr, welche Chancen warum verpasst wurden, mit anderen politischen Entscheidungen die Welt sicherer und friedlicher zu machen.

Nationalstaat als Fundament, gerade beim Verhältnis zu den Grossmächten

Klaus von Dohnanyi plädiert für eine klares Bekenntnis zum «demokratischen Nationalstaat» (S. 149f.), weil nur dieser – im Gegensatz zu einem Staatenverbund wie der Europäischen Union – durch freie Wahlen und Gewaltenteilung vollumfänglich legitimiert sei. Als solcher sei er verpflichtet, mit seinen Institutionen im Interesse der Bevölkerung zu handeln; denn er ist für ihr Wohlergehen verantwortlich und dafür, dass die Chancen auf eine sichere Zukunft und allgemeinen Wohlstand intakt sind. Seien es Demokratien oder auch Diktaturen.

Die Grossmacht, die mit ihren Interessen und politischen Massnahmen die Entscheidungen auf unserem Kontinent und diejenigen der Nationalstaaten am meisten beeinflusste, seien die USA. Sie beherrschen Europa ausser- und sicherheitspolitisch, was beträchtliche Konsequenzen für die Nationalstaaten hat: Diese werden in Konflikte zwischen den USA und anderen Grossmächten hineingezogen und müssen sich den Weichen stellenden Entscheidungen stellen, ob diese nun in ihrem Interesse sind oder nicht.

Traditionelle nordamerikanische Politik sei es, ohne Rücksicht auf Geschichte und Mentalität anderer Staaten ihr System als das allein Seligmachende aufzuzwingen – sei es mit Sanktionen oder militärischer Gewalt – meist mit dem Ergebnis, dass genau das Gegenteil dessen hervorgerufen werde, was man vermeiden wolle: eine Stärkung autoritärer politischer Systeme. Auch hier blieben die Interessen davon betroffener Staaten unberücksichtigt (S. 73).

Für eine gute Nachbarschaft mit dem europäisch geprägten Russland

Der Autor bezweifelt, dass Russland ein Interesse daran habe, sich gegen Westen auszudehnen, dafür gebe es jedenfalls keinerlei Belege. Hingegen kann er nachvollziehen, dass für Russland die Nato-Ost-Erweiterung «das schärfste Reizthema der westlichen Osteuropa-Politik» (S. 65) ist, dies um so mehr, als der damalige US-Aussenminister James Baker Michail Gorbatschow zugesichert hatte, auf eine Nato-Ost-Erweiterung zu verzichten. Diese Tatsache, so weist Dohnanyi detailliert nach, war die Grundlage für die Gespräche zwischen Helmut Kohl und Michail Gorbatschow, der dem Westen «auf Grund des US-amerikanischen Versprechens dann auch Kohl die Zustimmung zur Währungsunion – und damit zur Wiedervereinigung – gab» (S. 67). US-Präsident George H. W. Bush war mit Baker nicht einverstanden und nahm dessen Zusage mit den markigen Worten zurück: «Zur Hölle damit. Wir haben uns durchgesetzt, sie nicht. Wir können den Sowjets nicht erlauben, sich den Sieg aus den Klauen der Niederlage zu holen und so in

letzter Minute eine Niederlage in einen Sieg zu verwandeln» (S. 68f.). Für den Autor ist klar, dass die USA damit die grösste Chance verpassten, für einen dauerhaften Frieden in Europa zu sorgen.

Seit 1990 und bis heute sei die Politik des Westens unter der Führung der USA gegenüber Russland ohne Grund konfrontativ. Dagegen sei Diplomatie gefragt, um die Sicherheitsinteressen Mitteleuropas, des Nachbarn Russlands, zu wahren. Statt dessen habe man die Nato-Ost-Erweiterung vorangetrieben, was die Beziehungen zu Russland vergifte und Europa in Konflikte mit anderen Grossmächten hineinziehe (S. 72).

Hinzu kommt die Tatsache, dass sich die USA als «exceptional nation» verstehen, die dazu berufen sei, andere Länder und schliesslich die ganze Welt zur Demokratie zu drängen in der Überzeugung, so die Welt sicherer zu machen. Gegner dieser imperialistischen Politik bekamen es bereits mit Theodor Roosevelt (1858–1919) zu tun, der sie rundweg als «nutzlose Sentimentalisten vom Typ des internationalen Versöhnlers» diffamierte und ihnen einen «weichlichen Charaktertyp» bescheinigte, der «die grossen Kampfeigenschaften unserer Rasse «annagt»» (S. 74).

USA und Europa – eine Wertegemeinschaft mit Rissen

Diese Politik wird kaschiert mit der vielbeschworenen westlichen Wertegemeinschaft, die für Dohnanyi lediglich aus den Gemeinsamkeiten allgemeines Wahlrecht, Pressefreiheit und Demokratie besteht. Hinsichtlich Verantwortung des einzelnen Bürgers für seine Zukunft, extremer Kluft zwischen Arm und Reich und privater Finanzierung der Parteien seien die Differenzen erheblich. Von «plutokratischer Demokratie» sprechen selbst einige US-Wissenschaftler. Und die Präsidenten Bill Clinton und Donald Trump hätten sich Vergehen leisten können, die, von einem deutschen Ministerpräsidenten begangen, umgehend zur Amtsenthebung führen würden.

Auch in Sachen Völkerrecht bestehen gravierende Unterschiede: «Denn US-amerikanische Bürger sind offenbar etwas Besseres als die Bürger anderer Staaten» (S. 77), bemerkt Dohnanyi süffisant. Die Grossmacht verweigere nämlich dem Haager Gerichtshof die Anerkennung, drohe gar mit Sanktionen, sollte einer ihrer Bürger zur Rechenschaft gezogen werden. Dabei scheue sie sich nicht, eine völkerrechtswidrige Intervention nach der anderen zu unternehmen. Und man reibt sich die Augen: Das amerikanische Recht erlaube es sogar, Personen zu ermorden («targeted killing»), wenn man sie als eine Gefahr für die Sicherheit der USA sieht (S. 77).

Sanktionen, also Wirtschaftskriege, gehören ebenfalls zum Arsenal der US-Aussenpolitik. Sie werden eingesetzt, wenn andere Methoden ungeeignet oder zu risikoreich scheinen. Dabei nützen sie meist wenig bis gar nicht, wie Dohnanyi am Beispiel des Uiguren-Problems in China darlegt. Im Gegenteil: Die betroffenen Staaten reagierten störrisch, geschadet werde vor allem der Bevölkerung der betroffenen Staaten, weswegen sie auch völkerrechtswidrig sind. Es ist das Verdienst des Autors, diese Tatsachen klar zu benennen, wo doch momentan alle deutschen Politiker darin wetteifern, wer sich am schnellsten und bedingungslosesten zum Erfüllungsgehilfen der US-Politik macht!

Ist Europa durch die Nato geschützt oder potentieller Kriegsschauplatz?

Nachdem Dohnanyi erstaunlich blauäugig das Verdienst des «aussereuropäischen Hegemons» (S. 90) USA gewürdigt hat, Europa von Gewaltausbrüchen und Kriegen – zuletzt «durch den rettenden Eingriff in den Balkan-Krieg» (ebd.) – befreit zu haben, nennt er auch den hohen Preis, nämlich den Verlust der Souveränität Europas durch die Wahrnehmung der Verantwortung für die Sicherheit des Kontinents durch die USA. Das heisst konkret: Im Fall eines Schlagabtauschs zwischen den USA und Russland wäre Europa der Kriegsschauplatz, auf dem auch Atomwaffen einge-

setzt werden könnten – ganz ohne Risiko für die USA, versteht sich.

So stellt sich für den Autor die Frage, ob Europa als militärische Macht souverän werden könnte, um sich beispielsweise der Grossmacht Russland zu erwehren. Schon General de Gaulle habe eine von der Nato unabhängige europäische Verteidigungsmacht vorgeschwebt, bei der Frankreich als atomare Landmacht und ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat eine Führungsrolle beanspruchen könne.

Heutzutage sieht Dohnanyi für dieses Konzept einen Hinderungsgrund in der Vielfalt Europas, die auch aus den unterschiedlichsten Interessen der Länder besteht. Eine gemeinsame Sicherheitspolitik sei möglich, aber keine gemeinsame Verteidigungspolitik. Die von Angela Merkel und Emanuel Macron mit Russland initiierten Gespräche waren erfolgreich und führten zu den Minsker Abkommen. Deutschland und Frankreich – so seine Empfehlung – sollten weiter vorangehen und aktive Friedenspolitik betreiben, indem sie im Interesse Deutschlands und Europas mit Russland im Gespräch bleiben.

Kluge deutsche bzw. europäische Ostpolitik als Sicherheitspolitik? Fehlanzeige!

Ein weiteres Mal kritisiert Dohnanyi die Ost-Erweiterung des Militärbündnisses unter Federführung der USA. Inzwischen hätten diese Politik so prominente Köpfe wie Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater unter Präsident Jimmy Carter, und Williams Burns, ehemals US-Botschafter in Russland und aktueller CIA-Chef, kritisiert. Mit kluger europäischer Friedenspolitik zum Wohle des europäischen Kontinents hätten diese Schritte nichts zu tun. Der Ukraine Sicherheit zu bieten, sei auch ohne Nato-Beitritt möglich gewesen, nämlich über die beiden Minsker Abkommen. Aber die Ukraine habe sich in dieser Frage jahrelang nicht bewegt, und die USA seien an Fortschritten in diesem Prozess nie interessiert gewesen.

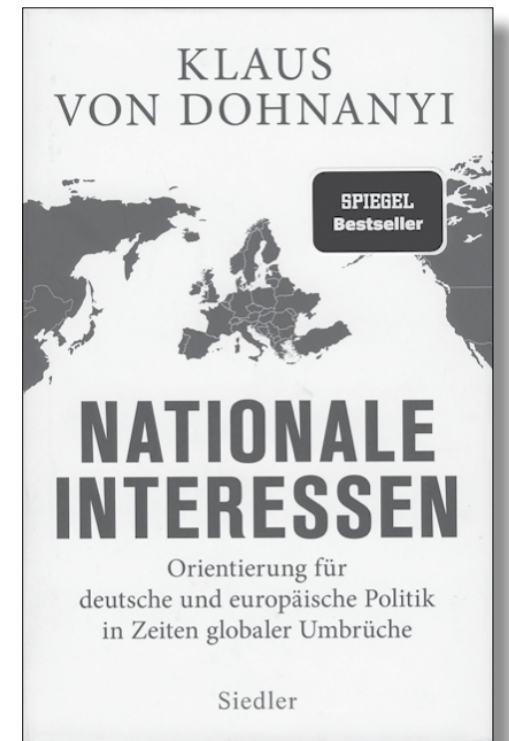
Klaus von Dohnanyi verweist auf den Mut von Michail Gorbatschow, den sich der Westen zum Vorbild nehmen solle: Neues Denken sei gefragt. Seine Hoffnung setzte er Ende 2021 noch auf die neue Bundesregierung, deren Mitglieder aus SPD und FDP «ein gemeinsames wertvolles Erbe aus den siebziger und achtziger Jahren zu bewahren und mit neuem Leben zu erfüllen» hätten. «Denn beide Parteien verfügen ja über eine grosse Tradition erfolgreicher Ostpolitik, die sie jetzt [...] in Erinnerung bringen könnten. Die neue Regierung sollte den USA dabei vermitteln, dass ihr «Brückenkopf» auf dem europäischen Kontinent erst recht willkommen sein wird, wenn die USA eine Entspannung im Verhältnis mit Russland vorantreiben.» (S. 111)

Dohnanyi sah die Gefahr der schlimmstmöglichen Wendung, als er das Buch schrieb. Sie ist tatsächlich eingetreten, alle Hoffnungen haben der totalen Ernüchterung Platz gemacht: Die einstige kluge deutsche und europäische Ostpolitik liegt in Trümmern, mehr noch: Die neue Regierung – allen voran Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck und Aussenministerin Annalena Baerbock, beide von den ehemals pazifistischen Grünen, – steht Gewähr bei Fuss und folgt mit Sanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen für die Ukraine blindlings dem Kriegskurs der USA.

Die Europäische Union und ihre Perspektiven

Der Autor äussert sich auch ausführlich zur EU und ihren strukturellen und wirtschaftlichen Besonderheiten. Militärisch könne und wolle sie nach internationalen Massstäben keine entscheidende Rolle spielen. Ziel müsse deshalb «eine allianzneutrale Position» (S. 119) sein. Wer sich nicht allein gegen einen Stärkeren verteidigen könne, für den sei der sicherste Weg, sich nicht in Konflikte der Grösseren einzumischen.

Dagegen sei die Vielfalt der kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fähigkeiten weltweit einmalig. Europa beweise



ISBN 978-3-8275-0154-7

Stärke und Fähigkeiten in Sachen Klima- und Umweltschutz bei gleichzeitigem sozialem Ausgleich. Einige wirtschaftliche Kennzahlen zeigten jedoch, dass die USA und China immer noch Europa den Rang abliefen, z.B. was die Gründung neuer grosser Firmen in den letzten 25 Jahren betreffe; der Economist diagnostiziere, der Kontinent habe «seinen unternehmerischen Ehrgeiz [...] verloren» und «der wichtigste Grund für das Zurückfallen Europas im globalen Wettbewerb» liege wohl «in einer verfehlten Politik der Europäischen Gemeinschaft» (S. 163).

Aussenpolitisch nimmt der Autor besonders Deutschland in die Pflicht: Die Politik des «Wandels durch Annäherung», wie sie von Willy Brandt und Egon Bahr begonnen und von den USA stets abgelehnt wurde, habe unter Helmut Kohl zur Wiedervereinigung geführt. Diese Politik sei auch heute noch ein diplomatisches Vorbild, nicht nur für Deutschland, sondern auch für die EU bei der Gestaltung des Verhältnisses zu den Weltmächten.

Zum Ukraine-Krieg

Hartnäckig widersetzte sich der 94jährige in der ARD-Sendung «Maischberger» (11. Mai 2022) allen Versuchen der Moderatorin, ihn zu einem Negativ-Bild von Wladimir Putin zu überreden. Dieser habe mit guten Gründen seit langem und immer wieder darauf bestanden, dass die Ukraine nicht Mitglied der Nato werde. Der Westen, allen voran die USA, verhängte Sanktionen gegen Russland und stelle sich taub. «Was euch wichtig ist, darüber wird nicht verhandelt», sei seit jeher Joe Bidens Haltung gegenüber Russland. Die Möglichkeit, eine Eskalation des Konflikts zu verhindern, habe ganz klar beim Westen, bei den USA gelegen, die entgegen allen Warnungen – auch aus den eigenen Reihen – Russlands Interessen fortgesetzt ignorierten und die Bemühungen des Kremls um Verhandlungen ins Leere laufen liessen.

Das Buch ist verdienstvoll: Denn hier macht sich ein verantwortungsbewusster ehemaliger Politiker Gedanken um die Zukunft Deutschlands und Europas; er schöpft dabei aus seiner reichen politischen Erfahrung, aus dem Studium der Geschichte und der Lektüre von Publikationen zahlreicher Fachleute und Zeitzeugen. Den Deutschen schreibt er ins Stammbuch, sie sollten sich aus der politischen Abhängigkeit von den USA lösen und auf dem eurasischen Kontinent mit Partnern auf Ausgleich und Kooperation hinarbeiten, um dem Ziel der stabilen friedlichen Koexistenz und des wirtschaftlichen Austauschs näherzukommen. Er wünscht sich «politischen Mut und die Geduld für eine grosse Debatte» (S. 224), auch und gerade im Parlament.

Der Elder Statesman Klaus von Dohnanyi denkt sicher in längerfristigen Zeitetappen. Bisher ist sein Wunsch nicht in Erfüllung gegangen; aber es ist jedem verantwortungsbewussten Politiker zu empfehlen, seine mahnenden Worte nicht in den Wind zu schlagen. •

«Wenn man durch die Hintertür einem Kriegsbündnis beiträgt, ist das eine Abschaffung der Neutralität durch die Hintertür»¹

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Seit Ende Februar unterzieht sich der Bundesrat dem Kommando aus Washington und Brüssel und übernimmt ein Sanktionspaket gegen Russland nach dem anderen. Vielen Menschen im Land schwirren die Köpfe ob der Flut von «news» und «fake news» in den Medien und ob der wackligen bis neutralitätswidrigen Statements aus Bern. Wer deren Tragweite erkennt, dem wird es wind und weh, wenn er mit ansehen muss, wie die über Jahrhunderte aufgebaute Glaubwürdigkeit der Schweiz als neutrale Vermittlerin in den Wind geschlagen wird.

Es ist höchste Zeit innezuhalten. Die Debatte über Inhalt und Sinn der Schweizer Neutralität ist eröffnet: Die Neutralität schweizerischer Prägung mit einer Volksinitiative zurückholen oder die Schweizer Armee nach den Vorstellungen des EDA-Vorstehers Ignazio Cassis an «Art. 5-Übungen der Nato-Truppen» teilnehmen lassen?

In Bern kursiert derzeit ein «verwaltungsinternes Papier», der Entwurf des neuen Neutralitätsberichts, den das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA innerhalb der Bundesverwaltung in Vernehmlassung gegeben hat. Ziel des Berichts sei es, «die Grundlage für eine strukturierte politische Debatte zur Neutralität zu schaffen». Er soll unter anderem eine Auslegung verschiedener Neutralitätsvarianten enthalten, darunter an erster Stelle Ignazio Cassis' Neuerfindung und Favorit, die «Kooperative Neutralität». Bis Ende August will der Bundesrat den Bericht behandeln und darüber entscheiden, welches Konzept er bevorzugt.

Einigen Zeitungs- und Fernsehredaktionen «liegt der [sogenannt interne] Bericht aus dem EDA vor», während alle anderen die Einzelheiten aus den mehr oder weniger informativen Medienberichten herauspicken müssen. Also tun wir das!

Wie das EDA die Schweizer Neutralität in den Graben fahren will

Drei Musterli aus der Homepage des EDA²:
– Der Bundesrat will sich selbst einen (noch) grösseren Spielraum für seine gewünschte weitere Annäherung an die Nato verschaffen: «Würde die Schweiz in Zukunft enger mit der Nato zusammenarbeiten oder Waffen in bestimmte Länder liefern wollen, muss sie prüfen, welchen Spielraum die Neutralität zulässt, ohne dabei das Neutralitätsrecht zu verletzen und die Glaubwürdigkeit zu verlieren, als neutraler Staat wahrgenommen zu werden.» Tatsächlich liegt es weder im Interesse der Schweiz noch der Völkergemeinschaft, wenn der Bundesrat freie Hand bekommt – und nicht einmal merkt, dass die Schweiz das Neutralitätsrecht bereits verletzt und ihre Glaubwürdigkeit bei vielen Staaten der Weltgemeinschaft verloren hat.

– «Hat der Bundesrat mit seinem Entscheid vom 28. Februar 2022, die Sanktionen der EU gegen Russland zu übernehmen, die Neutralität der Schweiz aufgegeben?»

«Nein, keineswegs: An der Neutralität der Schweiz ändert sich auch mit der Übernahme der EU-Sanktionen nichts.» Die Fakten sehen anders aus. So sprach sich der russische Sondergesandte für Syrien, Alexander Lawrentjew, wegen der scharfen Schweizer Sanktionen gegen Russland kürzlich dafür aus, «Genf als Standort für die Gespräche über eine syrische Verfassung aufzugeben. Denn Genf sei nicht mehr neutral».³

– «Neutralität ist keine starre Grösse, sondern ein aussen-, sicherheits- und auch wirtschaftspolitisches Instrument, das der jeweils herrschenden politischen Grosswetterlage angepasst werden muss.» So ein Unsinn! Erstens ist die Neutralität kein «Instrument», sondern eine Haltung. Zweitens stünde deren Anpassung an die jeweils herrschende Grosswetterlage per se im Widerspruch zum Grundsatz der immerwährenden (dauernden) Neutralität. Vielmehr muss sich die neutrale Schweiz gerade in schwierigsten Lagen so wider-

standsfähig wie irgend möglich gegen äusseren (und inneren) Druck zeigen.

«Kooperative Neutralität»: Waffenlieferungen und Beteiligung der Schweizer Armee an Nato-Kriegsübungen

Der Entwurf des Neutralitätsberichts nennt laut *SonntagsZeitung*⁴ die Eckpunkte der sogenannten «Kooperativen Neutralität». Grundsätzlich soll die «Zusammenarbeit» mit anderen Staaten, «die Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teilen», intensiviert werden. Gemeint sind die EU- und Nato-Mitgliedsstaaten.

Erster Eckpunkt: Die Regeln für Waffenlieferungen sollen gelockert werden. Will heissen: «Waffenlieferungen in Kriegsgebiete wären zwar weiterhin verboten. Wenn Partnerstaaten in der Schweiz produzierte Rüstungsgüter an Kriegsparteien weiterleiten möchten, würde das aber nicht mehr untersagt.» Und weiter: «Auch militärische Flüge über die Schweiz für Nicht-Konfliktparteien würden erleichtert.»

Haben die Leute im EDA vergessen, dass die Schweiz neben dem Neutralitätsrecht auch ein strenges *Kriegsmaterialgesetz* (KMG) hat (das im September 2021 vom Parlament nochmals verschärft wurde)? Das KMG verbietet nicht nur die direkte Ausfuhr von Rüstungsgütern in kriegsführende Länder, sondern die Schweiz verlangt bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial eine Erklärung der betreffenden Regierung, dass dieses nicht wieder ausgeführt wird (KMG Art. 18 Abs. 1).

Zweiter Eckpunkt: Die automatische Übernahme ausländischer Sanktionen gegen andere Staaten soll festgeschrieben werden: «Sanktionen, auch solche der EU, würden wie schon jetzt im Ukraine-Krieg übernommen.» (*SonntagsZeitung* vom 17. Juli 2022) Eigentlich will die grosse Mehrheit der Schweizer keine automatische Übernahme von EU-Regeln ...

Dritter Eckpunkt: Die Schweiz soll «enger mit der EU und der Nato kooperieren und etwa gemeinsame Militärübungen durchführen – selbst auf Schweizer Boden». *SRF News* zeigt den Original-Wortlaut aus Cassis' Entwurf im Bild: «Die Kooperation kann in wichtigen Bereichen verstärkt werden, wie z. B. mit einer Beteiligung der Schweizer Armee an Art. 5-Übungen der Nato, oder der Ausrichtung von Übungen auf Schweizer Boden [...]».⁵

Hoppla, das ist heiss! Was «Art. 5-Übungen der Nato» sind, erklärt die *Deutsche Welle* DW (Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland): «Der Nato-Bündnisfall wird in Artikel 5 des Nordatlantikvertrags von 1949 definiert.» Dort «vereinbaren die Vertragsparteien, «dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird».

Getreidehandel mit Russland: His Master's Fact Sheet

mw. Gemäss Tagespresse vom 25. Juli hat der EU-Ministerrat «schriftlich und explizit festgehalten», dass «Agrarrohstoffe von den Sanktionen gegen Russland ausgenommen seien». Dies gelte für Getreide, aber auch für Sonnenblumenöl und Dünger. Bisher «wollte kein Rohstoffhändler und kein in den Handel involviertes Finanzinstitut das Risiko eingehen, mit Getreide aus Russland zu handeln. Zu gross schien die Gefahr, auf Grund der vagen Formulierung in den entsprechenden Bestimmungen als Sanktionsbrecher gebrandmarkt und gebüsst zu werden.»

Warum liessen es die EU-Spitzen fünf Monate lang zu, dass kein Getreidehändler es wagte, mit russischem Getreide zu handeln, zum Schaden der Ärmsten der Welt? Den schwarzen Peter schob man entgegen den Fakten dem russischen Präsidenten zu: Dieser habe die EU-Sanktionen nur als Vorwand benutzt, um den eigenen Weizen zu horten und damit den Preis in die Höhe zu treiben. «Wir haben es hier mit einer eiskalten, gnadenlosen und vorsätzlichen Erpressung der schwächsten Länder und Menschen der Welt durch Putin zu tun», so Kommissionspräsidentin von der Leyen in verleumde-

Jede Vertragspartei soll den Angegriffenen Beistand leisten, indem sie unverzüglich «die Massnahmen, einschliesslich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wieder herzustellen und zu erhalten».⁶

Was die Mannschaft im Aussendepartement sich da leistet, ist ungeheuerlich! Für SP-Nationalrat Fabian Molina zum Beispiel ist es klar, dass das vom EDA geplante Modell einem Nato-Beitritt gleichkommt: «Wenn man durch die Hintertür einem Kriegsbündnis beiträgt, bevor man dem Friedenswerk Europa sich angenähert hat, ja, dann ist das eine Abschaffung der Neutralität durch die Hintertür.» (*SRF-Tagesschau* vom 22. Juli 2022). (Dem «Friedenswerk Europa» sollte sich die Schweiz allerdings nur so weit annähern, wie es im Rahmen unseres Staatesystems möglich ist.)

«Ein bisschen» Neutralität oder gar keine?

Neben der von Ignazio Cassis priorisierten «Kooperativen Neutralität» nennt der Entwurf des Neutralitätsberichts zwei weitere Optionen: «So weiterfahren wie bisher» oder «zu einer sogenannten Ad-hoc-Neutralität wechseln, bei der die Schweiz von Fall zu Fall entscheiden würde, wie sie sich verhält. Die dauernde Neutralität würde bei dieser Variante teilweise aufgegeben.» (*SonntagsZeitung* vom 17. Juli 2022) Tatsächlich ist der Bundesrat im Umgang mit der Ukraine und Russland bereits bei einer solchen Ad-hoc-Neutralität gelandet. Die Neutralität «teilweise aufzugeben» ist ein Widerspruch in sich: Entweder besteht sie dauernd, oder sie besteht nicht.

Auf der Homepage des EDA wird sogar die Option «gar keine Neutralität» angedacht: «Es stünde der Schweiz theoretisch auch frei, auf die Neutralität zu verzichten. Sie hat diese selbst gewählt und ist völkerrechtlich nicht dazu verpflichtet.» So weit kommt's noch!

Gute Dienste der Schweiz sind untrennbar mit der Neutralität verbunden

Laut Homepage des EDA sind die Guten Dienste «nicht die Raison d'Être [Existenzgrund, Sinn] der Schweizer Aussenpolitik und sie dürfen nie ein Feigenblatt sein».

Braucht die Entscheidung der Schweiz, sich nicht an Kriegen und Kriegsbündnissen zu beteiligen, ein Feigenblatt, Herr Cassis?

Für alt Botschafter Paul Widmer ist die Neutralität dagegen untrennbarer Bestandteil der Schweizer Aussenpolitik und – besonders wichtig – ein Friedensfaktor: «Die Neutralität ist mit Abstand der wichtigste Grundsatz der eidgenössischen Aussenpolitik. Sie ist die Richtschnur in den grossen ausserpolitischen Fragen. [...] Wenn jeder Staat sich verpflichtete, keinen Krieg zu beginnen und sich auch

nicht in einen von anderen angezettelten Krieg hineinziehen zu lassen, dann existierte, würden diese Prinzipien denn eingehalten, Weltfrieden. Doch selbst wenn die immerwährende und bewaffnete Neutralität nur von einem einzigen Staat praktiziert wird, ist sie ein Friedensfaktor».⁷

Volksinitiative zur Verankerung der Neutralität in der schweizerischen Bundesverfassung

Mit Paul Widmers wohlthuenden Worten im Ohr schlagen wir den Bogen zur Volksinitiative «Schweizerische Neutralität», die eine beachtliche Zahl von Schweizerinnen und Schweizern aus verschiedenen Parteien oder ohne Parteizugehörigkeit lancieren wollen.

Der Initiativtext wurde kürzlich bei der Bundeskanzlei zur (formellen) Vorprüfung eingereicht. Sein Inhalt ist allgemeinverständlich und braucht nicht im Detail erklärt zu werden. Nur so viel dazu: Wenn dieser Artikel 54a in der Bundesverfassung stehen wird, gilt wieder das, was eigentlich für jeden Schweizer selbstverständlich sein sollte – bewaffnete Neutralität (das heisst eine Armee, die fähig ist, das Land zu verteidigen), militärische Zusammenarbeit nur im Falle eines (drohenden) militärischen Angriffs auf die Schweiz, keine Beteiligung an Kriegen anderer Staaten (auch nicht mit Waffenlieferungen), keine Sanktionen gegen kriegführende Staaten (Ausnahmen siehe Absatz 3), Nutzung der immerwährenden Neutralität für die Leistung Guter Dienste.

BV Art. 54a Schweizerische Neutralität

1 Die Schweiz ist immerwährend bewaffnet neutral.

2 Sie tritt keinem militärischen oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit für den Fall eines militärischen Angriffs auf die Schweiz oder dessen Vorbereitungshandlungen.

3 Sie beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft keine Sanktionen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Uno sowie Massnahmen zwecks Verhinderung der Umgehung von Massnahmen anderer Staaten.

4 Sie nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Beseitigung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

Warum ist die Einfügung dieses Artikels in die Bundesverfassung überhaupt nötig? Weil die inhaltliche Ausformung der Neutralität bisher nicht in der Verfassung steht. Als Aufgabe der Bundesversammlung heisst es in Art. 173 Abs. 1a: «Sie trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.» Dieselbe Aufgabe ist dem Bundesrat gemäss Art. 185 Abs. 1 zugewiesen. Bis vor rund 25 Jahren war es nicht nötig, die schweizerische Neutralität genauer zu fassen. Aber seit dem Beitritt der Schweiz zur Nato-Partnerschaft für den Frieden (PfP) – ohne Volksentscheid! – steht die inhaltliche Verankerung der Neutralität in der Verfassung an, und nach den neutralitätswidrigen Bundesratsentscheiden zur Ukraine-Krise ist sie noch dringender geworden. •

¹ Nationalrat Fabian Molina (SP ZH) in der *SRF-Tagesschau* vom 22.7.2022

² Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. «Fragen und Antworten zur Neutralität der Schweiz» vom 18.5.2022; <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/newsuebersicht/2022/03/neutralitaet.html>

³ Bausch, Saya und Ramirez, Manuel. «Angezwungene Neutralität. Wird Genf als internationaler Konferenzstandort geschwächt?» *Tagesschau SRF* vom 20.6.2022

⁴ Schmid, Adrian. «Cassis will Schweizer Neutralität neu ausrichten». In: *SonntagsZeitung* vom 17.7.2022

⁵ Rhyn, Laryssa. «Schweiz: Was ist «Kooperative Neutralität»?» *SRF-News* vom 22.7.2022

⁶ <https://www.dw.com/de/deutschland-und-artikel-5-des-nato-vertrages/a-273717>

⁷ Widmer, Paul. *Schweizer Aussenpolitik. Von Charles Pictet de Rochemont bis Edouard Brunner.* Zürich 2014, S. 24f.

Neutralität der Schweiz – «nicht von aussen auferlegt, sondern das Resultat ihrer innern Komposition»

Gute Dienste und Neutralität bedingen sich gegenseitig – das Schweizer Modell als Friedensmodell für die Welt

von Thomas Schaffner, Historiker

Die Guten Dienste der Schweiz, nicht nur mittels IKRK und der Rot-Kreuz-Gesellschaften, gehen eng einher mit der Schweizer Neutralität. Mehr noch: Die beiden Merkmale der modernen Schweiz bedingen sich gegenseitig: Ohne Neutralität fehlt dem unparteiischen Einsatz für die Menschen weltweit der Boden, ohne die Guten Dienste bleibt die Neutralitätspolitik schal und seelenlos. Es war zur Zeit des deutsch-französischen Krieges von 1870/71, als die Schweiz der Welt zum ersten Mal vorlebte, wie sie in einem Krieg ihre Neutralitätspolitik mit humanitären Diensten zu ergänzen willens war. Und das Engagement hatte auch ein Gesicht: Johann Konrad Kern (1808–1888) aus Berlingen, Kanton Thurgau, der nicht nur unter Lebensgefahr im beschossenen Paris ausharrte und humanitär wirkte, sondern auch grundlegende Gedanken festhielt, wie Menschen künftig friedlich zusammenleben könnten: jenseits von nationalistischen Egoismen, nach dem Modell der föderalistisch aufgebauten Willensnation Schweiz. Ein Lebenslauf und Ideen, die in der heutigen Debatte über die Neutralität der Schweiz und die Zukunft der Guten Dienste nicht aussen vor gelassen werden dürfen, heisst doch Rückblick in die Geschichte immer auch Ausblick.

Er galt als achter Bundesrat, war von 1857 bis 1883 Botschafter der Eidgenossenschaft in Paris. Dort übernahm Johann Konrad Kern für die Schweiz zum ersten Mal in der 1870/71 von den Deutschen eingeschlossenen französischen Metropole die fremden Interessen anderer Staaten und begründete somit die sogenannten Guten Dienste, das «politische Ersatzangebot eines Kleinstaates», wie der langjährige Schweizer Diplomat und Uni-Dozent Paul Widmer es nennt.¹

Kern hätte sein Leben aber nicht in den Dienst der Menschlichkeit stellen können ohne den Rückhalt bei seiner Frau, der begüterten Aline Freymuth, die als Tochter des Regierungsrates und Staatskassiers Johann Konrad Freymuth auf dem Schloss Frauenfeld aufgewachsen war. Ein Nachruf auf die «edle Frau» hielt fest: «Ganz auf Pestalozzis Grundsätzen fussend und auch seine Liebe zu den Mitmenschen teilend, wollte sie den Armen mehr geben als nur einige mechanische Fertigkeiten, sich durchs Leben zu schlagen: Bildung, Erziehung, sittliches Empfinden, sittliche Kraft und das alles in herzlicher Liebe.»

Schon im Neuenburger Handel Starvermittler

Kern war als Liberaler eine zentrale Figur in der kantonalen und eidgenössischen Politik ab den 1830er Jahren. So war er massgeblich an der Redaktion der Textvorschläge zur neuen Bundesverfassung von 1848 beteiligt. Zur Belohnung für sein Engagement wählte ihn die neue Bundesversammlung zum Geschäftsträger in Wien. Dort erlebte er die 1848er Revolte und mit eigenen Augen den Lynchmord am österreichischen Kriegsminister. Kern, der seine Aufgaben in der Schweiz nur sistiert hatte, kehrte umgehend in seine Heimat zurück. Dort schlug er eine Kandidatur für das Amt des Bundesrates aus, das man ihm gern übertragen wollte.

Höhepunkt seines Wirkens waren die Gesandtschaftsjahre in Paris (1857–1883). Als alter Thurgauer Bekannter des jetzigen französischen Kaisers Louis Napoleon III. hatte er schon in zwei Händeln als neutraler Vermittler dessen Gunst erworben, und insbesondere im sogenannten Neuenburger Handel von 1856/57 stieg er in der Eidgenossenschaft zu einem eigentlichen Starvermittler auf. Zwei Monate hatten die Verhandlungen der europäischen Grossmächte um den Status Neuenburgs gedauert, mit Kern mitdendrin. Länger hatten die Grossmächte nie über einen eidgenössischen Streitfall konfiziert. Schliesslich verzichtete Preussen trotz anfänglicher Mobilisierung des Militärs zum

Neutralität geht zwingend einher mit mitmenschlichem Engagement

ts. Der Schweizer Diplomat Paul Widmer weist in seinem Text über Johann Konrad Kern darauf hin, dass dessen politisches Vermächtnis aus den «Politischen Erinnerungen» von 1887 von der «Neuen Zürcher Zeitung» abgedruckt worden sei. Und zwar gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, als die Schweizer Neutralität erneut stark angefochten wurde. Und sagt: «Der Gehalt der Äusserungen wirkte, 60 Jahre nach der Niederschrift, taufisch.» Taufisch wirken die Gedanken Kerns auch heute noch, 135 Jahre danach:

«Die Neutralität der Schweiz ist nicht ein Gesetz, das uns durch das Ausland auferlegt wurde, sie ist vielmehr die Konsequenz ihrer Zusammensetzung und ihrer inneren Organisation. Darum hat die Schweiz in diesem Kriege [dem deutsch-französischen Krieg von

1870/71] den Sondercharakter ihrer Neutralität gewahrt. Indem sie neutral blieb, war sie aber nicht ein untätiger Zuschauer im Ringen der beiden Völker. Durch ihre diplomatische Intervention für die Annahme eines Zusatzartikels der Genfer Konventionen, durch die Absendung einer grossen Zahl von Ärzten auf die Schlachtfelder, durch die Obhut, in die sie die Verwundeten der beiden Kriegführenden nahm, und durch die Hilfe und den Schutz, die sie gleichzeitig den aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen und der Bevölkerung von Strassburg brachte, hat sie gezeigt, dass sie die Pflichten eines neutralen Staates nicht nur mit Loyalität, sondern mit Menschlichkeit zu erfüllen wusste.»

Kern, Johann Konrad. Politische Erinnerungen 1833 bis 1883. Frauenfeld 1887. S. 226ff., zit. nach Widmer, S. 138

Schutz seines althergebrachten Besitzes Neuenburg ganz auf seine Rechte am Fürstentum.

Gegen die Bombardierung der Pariser Bevölkerung

1857 übersiedelte das Ehepaar Kern nach Paris, wo Kern immer direkten Zugang zum Kaiser, seinem alten Bekannten, hatte. So gelang ihm die Lösung eines Gebietsstreites zwischen Frankreich und der Schweiz im jurassischen Dappental, wichtiger aber war das Wirtschaftsabkommen von 1864, das erste umfangreiche Wirtschaftsabkommen in der Schweizer Geschichte. «Mit seinen freihändlerischen Prinzipien verhalf dieser Vertrag der Schweizer Exportwirtschaft in Frankreich und in Übersee zum Durchbruch», so Widmer.²

Als sich der deutsch-französische Krieg 1870 anbahnte, vermittelte Kern aus eigenem Antrieb, doch die Ereignisse überstürzten sich nach Bismarcks gefälschter Emser Depesche, die Frankreich tödlich brüskieren musste. Bismarck brauchte bekanntlich den Krieg für sein deutsches Einigungswerk – ohne Krieg wären die süddeutschen Staaten nicht unter die preussische Fuchtel zu

zwingen gewesen. Als die deutschen Truppen Paris Ende September 1870 umzingelt hatten und die Innenstadt wochenlang bombardierten, hartete Kern aus und wandte sich als Doyen des diplomatischen Corps an Bismarck, die flagrante Verletzung des Völkerrechts einzustellen. Dieses verbot es, Krieg gegen die Zivilbevölkerung zu führen, zudem hätte die Besatzungsmacht den Ausländern die Möglichkeit gewähren müssen, sich in Sicherheit zu bringen. Bismarck wies Kerns Begehren zurück, schliesslich hätten sich die französischen Truppen in der Stadt verschant und würden die deutschen Linien wie aus einer Festung heraus beschliessen. Auch Kerns Vermittlungsversuch in den Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich, um das ihn der Bundesrat gebeten hatte, wurde von Bismarck barsch abgeschmettert: «Ihr Neutrale habt euch nicht einzumischen.»

Wenn auch Kern in der «grossen Politik» erfolglos blieb, so erwarb er sich grosse Verdienste im Humanitären. «Er setzte sich nicht nur unermüdlich für seine Landsleute ein, er lebte zum ersten Mal vor, wie die Schweiz in einem Krieg ihre Neutralitätspolitik mit

humanitären Diensten ergänzen kann», würdigt Widmer Kerns selbstlosen und nicht ungefährlichen Einsatz.³ «Grossaktionen wie die Abgabe von Liebespaketen für die eingeschlossenen Schweizer in Paris, die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem belagerten Strassburg und insbesondere die Internierung der geschundenen Bourbaki-Armee verankerten den Gedanken einer humanitären Sendung tief im Selbstverständnis der Schweizer.»⁴

«Thätige Theilnahme an den Leiden ihrer Nachbarvölker»

Damit war 1871 das entstanden, was seither die Schweizer Aussenpolitik prägte: die Verbindung von humanitärem Wirken und der Neutralität. Man wollte sich nicht nur wie bis anhin aus fremden Händeln, also Kriegen, heraushalten, sondern «thätige Theilnahme an den Leiden ihrer Nachbarvölker» zeigen, wie es nun in einer bundesrätlichen Botschaft hiess. Denn über aller Verschiedenheit der Menschen stehe «doch die gemeinsame Menschennatur». Diese Auffassung kam nicht aus dem Nichts. Kurz zuvor hatte ja Henry Dunant seine Erinnerungen an die Schlacht von Solferino verfasst und wurde die Rotkreuzbewegung gegründet, ebenso das IKRK. Dass letzteres unter Leitung eines hochrangigen Militärs, General Dufours, geschah, ist auch ein typisch schweizerischer Akt: Der Mensch ist zuallererst Mitmensch und Bürger, auch in Uniform.

Als die Pariser Commune, die nach dem verlorenen Krieg Paris unter ihre Kontrolle gebracht hatte, vom französischen General Mac-Mahon blutig niedergeschlagen worden war – allein 2000 Kommunarden liess Mac-Mahon standrechtlich erschiessen –, setzte sich Kern dafür ein, dass wenigstens die Schweizer Beteiligten an der Commune nicht auf die Galeeren verschleppt wurden. Selbst Sammelager suchte er auf und holte die Schweizer Gefangenen heraus. Seine Frau hatte in einem eigens von ihm gegründeten Spital in Paris selbstlos Kranke gepflegt, durch alle Wirren hindurch, in bester Tradition der Gemeinwohlorientierung begüterter Schweizer Frauen. Kern hatte auch das Mandat, für Tausende von Bayern und Badenern in Paris zu sorgen. Damit waren die «Guten Dienste» in der Schweizer Diplomatie ins Leben gerufen. Kern «schuf einen tadellosen Präzedenzfall für einen Nebenbereich der eidgenössischen Diplomatie», betont Widmer.⁵ Kern setzte sich immer bedingungslos für die Neutralität ein, schon 1848, als wichtige Schweizer Politiker der Bevölkerung von Sardinien-Piemont neutralitätswidrig militärisch zu Hilfe eilen wollten mit der Begründung, Neutralität gelte nur gegenüber Fürstenfamilien, nie aber gegenüber Völkern, die ihre Freiheit wollten. Kern hielt dagegen. Bündnisse mit fremden Mächten hätten der Schweiz immer nur geschadet. Wahre Neutralität heisse nach wie vor, sich von fremden Händeln fernzuhalten. Und wichtig: Man solle sich dem Nationalismus entgegenstellen, denn über der Kultur und den Völkern gebe es die Menschennatur, die allen Personen gemeinsam sei. Die Schweiz mit ihrem friedlichen Zusammenleben der vier verschiedenen Sprachgruppen solle Europa den Weg weisen. Der Willensnation gehöre die Zukunft, nicht den ethnisch homogenen, nationalistisch aufgeladenen Nationalstaaten.

Neutralität der Schweiz im Interesse der gesamten Zivilisation

Der Bundesrat und Kern erkannten schon früh, dass Neutralität nicht nur Frucht aussenpolitischer Klugheit, sondern auch innenpolitischer Notwendigkeit war, die das Land zusammenhielt. Leicht hätte es zerbrechen können, hätten sich die verschiedenen Landesregionen den grossen Nationalstaaten Deutschland, Frankreich, Italien anschliessen wollen. So formulierte die Landesregierung im Zusammenhang mit dem deutsch-französischen

Johann Konrad Kern (1808–1888)

Johann Konrad Kern studierte von 1826 bis 1830 Theologie in Basel sowie die Rechte in Basel, Berlin und Heidelberg, war Mitglied des Schweizerischen Zofingervereins, Thurgauer Grossrat von 1832 bis 1853, neunmal Grossratspräsident. Von 1832 bis 1852 Mitglied des Erziehungsrats. 1837 bis 1850 Oberrichter und Präsident der kantonalen Justizkommission. 1849–1853 thurgauischer Regierungsrat. 1850–1858 Gründer und Präsident der Thurgauischen Hypothekbank. 1837–1840 und 1850–1853 war er Präsident der Thurgauischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Spiritus rector der 1853 gegründeten Thurgauer Kantonschule.

Auf nationaler Ebene war Kern 1833–1838, 1840–1842, 1845–1848 Vertreter seines Kantons in den eidgenössischen Tagsatzungen, wo er die liberale Tagsatzungsmehrheit mit anführte. 1847 Mitglied der sogenannten Siebnerkommission zur Lösung des Sonderbundkonflikts, der dann den Antrag auf ein bewaffnetes Vorgehen gegen den Sonderbund stellte. Dann Redaktor der Bundesverfassung von 1848, erster Präsident des Bundesgerichtes, Mitglied des Nationalrates (1848–1854) und des Ständerates (1855–1857), Präsident des Nationalrates 1850/1851, Schweizerischer Schulratspräsident, Mitbegründer der



Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und von 1853–1857 Direktor und Verwaltungsratsmitglied der Schweizerischen Nordostbahn-Gesellschaft. Eine Wahl in den Bundesrat lehnte er immer ab. Von 1857 bis 1883 waltete er als Schweizerischer Gesandter in Paris. Kern gilt als Begründer der schweizerischen Berufsdiplomatie.

Quellen:

Historisches Lexikon der Schweiz. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/004072/2008-10-14/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Konrad_Kern

Die Fabel sagt offen, was andere verschweigen (müssen)

«Der Stärkere hat immer recht» (La Fontaine)

von Peter Küpfer

«Ein durstiges Lämmlein erlabt sich an einem klaren Bach. Da taucht plötzlich ein Wolf auf, aufs höchste ergrimmt.

Wie kannst du es wagen, brüllt das hungrige Raubtier, watest hier in meiner Tränke herum und trübst mir das Wasser, ausgerechnet mir!

Aber, Hoheit, wirft das Schaf ein, wie könnte das sein? Geruhen Eure Majestät doch zu erwägen: Ich stehe hier ja viel weiter unten im Bach als Ihre Königliche Hoheit, da kann ich doch unmöglich ...

Was da, unterbricht die Bestie, ich sehe, was ich sehe. Überhaupt: vergangenes Jahr hast du mich öffentlich beleidigt, mit deinem ungewaschenen Maul.

Ich, euch geschmäht? Wie sagen Eure Majestät – das letzte Jahr? Da war ich ja noch gar nicht geboren.

Wenn's du nicht warst, dann war's dein Bruder!

Ich habe keinen Bruder.

Dann war's ein anderer Strolch, einer von euch da drüben, aus eurer Sippe. Ich kenn euch schon. Ihr lasst mir keine Ruhe, seid immer hinter mir her, euer ganzes verfluchtes Pack. Ich habe ja kein Leben mehr, ihr und eure Hirten, mit ihren Stöcken und blutrünstigen Hunden. Ich weiss Bescheid, man hat mir alles hinterbracht, mir reicht's. Ich muss mich an dir rächen!

Spricht's, packt das arme Lamm und schleppt es in den Wald. Dort macht er kurzen Prozess. Er bringt es um und frisst es auf, mit Haut und Haar.»

(La Fontaine, *Der Wolf und das Lamm*, nacherzählt nach dem französischen Originaltext)

Eine der Meisterfabeln von La Fontaine (*Fables I, X, Le loup et l'agneau*). Sie geht mir immer von neuem unter die Haut, trotz oder gerade wegen ihrer kühlen, schneidenden sachlichen Sprache, und dies angesichts eines schreienden Unrechts. Im französischen Original, in den geschliffenen Versen des Meisters und in seiner unnachahmlichen Kürze (bei La Fontaine zählt jedes Wort) ist sie unerreichbar. Um so empörender ihr Inhalt.

Vorsätzliche Tötungsabsicht

Gegen die von Anfang an bestehende Tötungsabsicht hilft hier gar nichts. Da stellt sich ein ähnliches Gefühl der Fassungslosigkeit ein wie beispielsweise bei der Lektüre heutiger Uno-Berichte über das, was sich andernorts auf unserer Welt so tut, bezüglich Unrecht und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, seit Jahrzehnten, immer wieder. Sie liegen in den Archiven der Uno gehäuft vor, stören dort nicht und schildern minutiös die täglich stattfindenden Kriegs-

greuel an den Hunderten von aktuell in Gang gehaltenen Krisen- und sogenannten «Bürgerkriegs»-Fronten in unserer kriegsversehrten Welt. Schon deren Sprache atmet oft auch in diesen «objektiv» sein sollenden Berichten die darin versteckte systematische Lüge: «Bürgerkrieg», «Rebellion», «Rebellentruppen». Es handelt sich dabei in Wahrheit oft um von aussen geschaffene Kriege, sogenannte Stellvertreter-Kriege, ausgetragen eben gerade nicht von Bürgern, sondern von Söldnerarmeen, die auf Befehle handeln, die ganz woanders herkommen. Es sind Wunden und schlecht verheilende, oft bleibende Narben auf unserer Weltkugel. In den genannten Untersuchungsberichten werden ebenfalls in schwer zu ertragender aufzählend-sachlicher Sprache Taten, Orte, Zeitpunkt, Umstände, sogar Namen genannt, Seite um Seite, und hinter jedem stehen Menschen und Schicksale – eine schwer zu ertragende Lektüre angesichts der Ungeheuerlichkeiten, die sie schildern. Und noch unerträglicher ist das Wissen darum, dass diese Berichte wenig bis keine Folgen haben, zumindest wenn sie Schauplätze nennen, die etwas abseits von «der Welt» (natürlich «unserer» Welt!) liegen, zum Beispiel in Afrika, zum Beispiel im Ostkongo.

Folgenlose Willkür

Ähnlich folgenlos bleibt auch die nüchterne Fabel La Fontaines. Mit einem Unterschied vielleicht: Die «Rechtfertigung» dieses Lammrisses durch den Urheber ist so willkürlich und schreiend stupid, dass wir lachen müssten, ginge es dem armen Opfer nicht ans Leben.

Ist Unrecht, gestaltet in dieser hochartistischen Form eines La Fontaine, leichter «zu ertragen»? Kaum, Unrecht bleibt Unrecht. Durch die starke Stilisierung auf einfache Rollenbilder, wie es die Fabel pflegt, tritt die von ihr gestaltete willkürliche Verachtung jeder Rechtsvorstellung nur um so stärker hervor. Hier der Versuch, durch Höflichkeit, Sachlichkeit und Verweis auf Sachverhalte das sich abzeichnende Unheil aufzuhalten oder doch zu mindern – dort der unverhohlene, dröhnende, spöttische, über



Der Wolf und das Lamm. Illustration von Gustave Doré. (Bild Gustave Doré. *Fables de La Fontaine*, S. 21)

jeden Sachverhalt hinweggehende anklägenderische, sogar sentimentale Aufbau eines Feindbildes (ihr Schafe zerstört mein Leben dadurch, dass ihr euch wehrt, von mir gefressen zu werden!). Die vom Wolf angewandte Rhetorik dient offenkundig nur der Absicht des Angreifers, sich ein Motiv für die Tat einzureden. In heutigen Modebegriffen könnte man das Zusammensetzen des Wolfes an Gründen für seine Attacke als Musterbeispiel für das nehmen, was viele heute als Hassrede, als «hate speech» bezeichnen. Während das kluge und fast übersanfte Schaf der ihm entgegenstehenden Wand von Vorurteilen und willkürlichen Anschuldigungen mit Argumenten, Vernunft und einem gehörigen Schuss Höflichkeit begegnet, stösst es beim interessengeleiteten mörderischen Ankläger (er ist gleichzeitig Richter und dann auch Scharfrichter) auf neuerliche, immer absurdere Vorwürfe, Anschuldigungen und Herabsetzungen. Da wird vom «du» (du hast mich beleidigt, Majestätsbeleidigung!) aufs «er» geschwenkt (wenn du es nicht warst, dann war's dein Bruder), was sachlich der illegitimen, vom Nazi-Regime praktizierten Sippenhaftung entspricht; dann mit plumphen Verallgemeinerungen eine Kollektiv-

schuld aufgebaut (ich kenne euch, ihr Pack, so seid ihr eben); schliesslich als «Beweis» ein nicht genannter, höchst unglaubwürdiger Zeuge beschworen (*On me l'a dit* – es wurde mir gesagt, heisst es im Originaltext). Gesagt von wem, bei welcher Gelegenheit und mit welchem Grad an Glaubwürdigkeit? – Das bleibt alles ausgeblendet.

Das klingt nach Gegenwart. In unserer faktischen Realität geht die Nato zusammen mit der ihr hörigen EU daran, ihre selbst fabrizierten stark auf den Westen ausgerichtete «Regelsysteme» weltweit durchzusetzen, wenn es sein muss, mit einer 300 000 Mann (oder auch Frau?) starken schnellen Eingreiftruppe, wie Jens Stoltenberg triumphierend verkündet. Zu diesem Regelsystem gehört für die EU-Spitze und ihre Gesinnungsgenossen auch der oben angesprochene EU-Kampf gegen öffentliche Hassrede («hate speech»). Die EU folgt dabei einem amerikanischen Präsidenten, welcher den Präsidenten der «anderen Seite» öffentlich als «Killer» tituliert (schon lange vor dem 24. Februar). Wenn das kein «hate speech» ist, «sanktioniert» vom höchsten Politiker des Landes? Erst kürzlich hat der selbsternannte Verteidiger «unserer» Freiheit einen angeblich verbrecherischen «Terroristenchef» mit einer Drohne liquidieren lassen (nach reinster Mafia-Manier: wichtig ist nur der Treffer, Kollateralschäden werden in Kauf genommen!). Das ist ein Stil, hinter dem eines steht: die reine Arroganz der Macht.

Kritik des Absolutismus

Dieses unaufrichtige «Spiel» hat schon ein La Fontaine durchschaut, auch wenn er die vorsichtige Form der Fabel gewählt hat, um damals offenkundige reine Machtpolitik anzuprangern. Jeder etwas gebildete französische Leser wusste, wer mit dem gefräßigen Wolf in Wirklichkeit gemeint war (*Ludwig XIV*, der Herrscher eines zur Weltmacht gewordenen Frankreichs). Dass mit dem brutalen Wolf niemand anders als er gemeint war, hat La Fontaine listig in die damalig obligatorische Anrede für königliche Hoheiten versteckt, Formeln, über die das kluge Lamm verfügt: «Sire» und «Votre Majesté». La Fontaine hat mit dem Mittel der Fabel klar Farbe bekannt, für die Wehrlosen, gegen die Arroganz der Macht. Ihre «für das Publikum» angewendete Schein-Legitimation kann den Fakt nicht wegdeuteln. Der Wolf ermordet ein unschuldiges Wesen, nicht aus Not, nicht aus Selbstverteidigung, nicht einmal aus Rache für ein Unrecht, nein: aus reiner Gier. Um dies zu verdecken, ist ihm jedes grob gezimmerte «Argument» recht. Damit macht ihn die Fabel nicht einfach nur zum Symbol eines Machtmenschen, sondern zum Symbol einer unmenschlichen Politik, des Wahns der von allem Recht losgelösten Herrschaft. •

«Neutralität der Schweiz – «nicht von ...»

Fortsetzung von Seite 7

Krieg: «Die Neutralitätspolitik der Schweiz ist darum im Grunde kein ihr von aussen auferlegtes Gesetz, sondern in viel höherem Grad das Resultat ihrer innern Komposition.»⁶ Carl Spitteler hatte im Ersten Weltkrieg mit seiner Rede «Unser Schweizer Standpunkt» den Finger auf diese trotz bundesrätlicher Mahnung immer noch schwärende Wunde gelegt.

Kerns Überzeugung, dass die Neutralität, insbesondere der Schweiz, im Interesse der

gesamten Zivilisation liege, als Friedensmodell, welches die Abgrenzungen zwischen den Völkern überbrücke und das Gemeinsame der Menschennatur betone, darf in der gegenwärtigen Diskussion über die künftige Ausrichtung der Schweiz nicht vergessen gehen. Haben sich auch viele Dinge seit seinem Tod verändert, die Menschennatur, auf die er sich mehrfach beruft, ist dieselbe geblieben. •

¹ Widmer, Paul. *Schweizer Aussenpolitik*. Zürich 2003. S. 98

² Widmer, S. 112

³ Widmer, S. 130

⁴ Widmer, S. 130

⁵ Widmer, S. 133

⁶ zit. nach Widmer, S. 136

Literatur:

Kern, Johann Conrad. *Politische Erinnerungen 1833 bis 1883*. Frauenfeld 1887

Schoop, Albert. *Geschichte des Kantons Thurgau*. Frauenfeld 1987

Widmer, Paul. *Schweizer Aussenpolitik*. Zürich 2003

Wüthrich, Marianne. «Neutralität als Richtschnur, direkte Demokratie als Basis». In: *Zeit-Fragen* Nr. 17 vom 30.7.2019

Wüthrich, Marianne. «Aussenpolitik im jungen Bundesstaat: Verbindung von Neutralität und humanitärem Wirken». In: *Zeit-Fragen* Nr. 17 vom 30.7.2019

Gute Dienste

«Die Guten Dienste der Schweiz haben eine lange Tradition und spielen eine Schlüsselrolle in der schweizerischen Friedenspolitik. Die Schweiz kann Brücken bauen, wo andere blockiert sind, weil sie keinem der Machtzentren angehört und keine versteckte Agenda verfolgt.» Gilt die Definition des EDA heute noch?

Quelle: <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/frieden-menschenrechte/frieden/die-guten-dienstederschweiz.html>

Guggenhürli



Das Guggenhürli, das Sommerhaus von Konrad Kern. (Bild ts)

ts. Konrad Kerns Sommerresidenz in Frauenfeld, das Guggenhürli, welches seine Frau Aline mit in die Ehe brachte. Der Name stammt von «Guggen» (schauen,

sehen) und vom alt-hochdeutschen Begriff «Hura», «Hürel» (kleiner Hügel), welcher Aussicht gewährt.

1963 rettete die eigens dafür gegründete *Genossenschaft Guggenhürli* das baufällig gewordene Haus und richtete eine kleine Ausstellung über die Eheleute Kern ein. Ein kleiner Raum, der sich für Ziviltrauungen eignet, soll zu den 50 schönsten Traulokalen der Schweiz gehören.

Die *Genossenschaft Guggenhürli* bewirtschaftet zudem am

Fuss des Hügels einen kleinen Rebenberg. Der gekelterte Müller-Thurgau wird weitherum geschätzt, nicht nur von den Brautpaaren.